Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 157. Dienstag, den 8. Juli 1913. 20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die neuen Steuern.

Vom Reichstagsabgeordneten Dr. A. Südekum.

IV.

Agrarier und Fürsten.

Mit Nachdruck hat man darauf hingewiesen, daß sowohl in dem Gesetz über den Wehrbeitrag wie im Besitzsteuergesetze den Agrariern nach alter schlechter Gewohnheit eine besondere Vergünstigung gewährt worden sei. Dadurch, daß man vorschrieb, der Wertbestimmung land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke solle nicht wie bei anderen Vermögensobjekten der Gemeine- oder der Verkaufswert, sondern das 25fache des Reinertrages zugrunde gelegt werden, öffnete man in der Tat der Willkür ländlicher Veranlagungsbehörden Tor und Tür. Es ist bekannt, daß namentlich in Preußen der Ertrag von Landgütern, wenn es sich um die Steuererklärung handelt, sehr niedrig angesetzt zu werden pflegt. Wir brauchen nur an die Enthüllungen zu erinnern, die ein so konservativer Mann, wie Prof. Hans Delbrück (in den Preußischen Jahrbüchern) über die Steuerpraxis der Agrarier gemacht hat, Darlegungen, die zwar heftig angegriffen, aber in ihrem Kern nicht erschüttert werden konnten. Die meisten Ostelbier würden große Augen machen, wenn ihnen ein Kaufliebhaber nur das 25fache dessen als Kaufpreis für ihr Gut bieten wollte, was sie selbst bei der Steuerveranlagung als Ertragswert angaben, oder was die Veranlagungskommission unter dem Vorsitz des verständnisvollen Landrats schätzungsweise „ermittelte“. Man kommt nicht um das herum, was der Senatspräsident beim preußischen Oberverwaltungsgericht, Herr Strutz, gleich bei der Eröffnung der Diskussion über den Wehrbeitrag in der „Deutschen Juristenzeitung“ schrieb. „Im Rahmen des Wehrbeitrags bietet das Prinzip der Wertbemessung land- und forstwirtschaftlich genutzter Grundstücke nach dem Ertragswert eine wenn möglich noch hahnebüchenere Verletzung der steuerlichen Gerechtigkeit, als in dem preußischen Ergänzungssteuergesetz und im Erbschaftssteuergesetz.“ Obschon auch sonst in der Debatte innerhalb und außerhalb des Reichstages diese Ungerechtigkeit immer wieder scharf hervorgehoben wurde, gelang es doch nicht, in diesem Punkte eine Aenderung zu erzielen, namentlich, weil der rechte Flügel der Nationalliberalen aus Rücksicht auf seine agrarischen Wähler mit den Konservativen und dem Zentrum eine unerschütterliche Schutztruppe für den Großgrundbesitz formierte. Für den Großgrundbesitz — denn der kommt beinahe allein hier in Frage, weil bei den Kleinbauern der Reinertrag aus ihren Grundstücken von den Steuerbehörden in der Regel recht hoch angerechnet wird, namentlich dort, wo die Ertragssteuern die Basis des staatlichen Finanzwesens bilden, wie in Bayern. Es war daher eine eigene Schutzvorschrift für die Bauern und für den städtischen Grundbesitz insofern unerläßlich, als man ihnen im Besitzsteuergesetz frei stellte, wenigstens auf Antrag den gemeinen Wert ihres Anwesens bei der Steuererklärung setzen zu dürfen.

Die Erörterungen über die Bevorzugung der Agrarier durch die Wertermitelung nach dem Ertragswert hat sich übrigens, wie nebenbei bemerkt sei, mehrfach in verkehrter Richtung bewegt. Man hat auf Anzeigen in agrarischen Blättern hingewiesen, worin Güter z. B. für den „95fachen Reinertrag“ zum Kaufe angeboten wurden und daraus geschlossen, die Begünstigung der Agrarier in den neuen Gesetzen sei noch viel größer, als man annehme. Diese Ansicht beruht aber auf einer zu Mißverständnissen führenden doppelten Verwendung des Wortes „Reinertrag“. Der in den erwähnten Anzeigen genannte „Reinertrag“ ist nicht dasselbe, was das Besitzsteuergesetz und der Wehrbeitrag unter dem Ausdruck verstehen, sondern der katastrierte Grundsteuerreinertrag der in Preußen nach dem Gesetz von 1861 festgelegt und seither allen Veränderungen der und aller Entwicklung unseres gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Lebens zum Trotz immer noch aufrecht erhalten blieb. Es würde direkt gegen die neuen Gesetze verstoßen, wollte man diesen alten Katastermaßstab der Wertermittelung zugrunde legen; vielmehr handelt es sich nach dem Willen des Gesetzgebers jetzt um den wirklichen, bei ordentlicher Bewirtschaftung erzielten oder zu erzielenden Ertrag, d. h. um das, was ein Grundstück gegen die hineingesteckte Arbeit und das hineingesteckte Kapital dargeboten hat.

Die Steuerpflicht der Fürsten ist im Wehrbeitragsgesetz ausdrücklich ausgesprochen, fehlt dagegen im Besitzsteuergesetz. Die Kommission hatte einen sozialdemokratischen Antrag, sie auch dort zu stipulieren, abgelehnt; das Plenum des Reichstags hatte sie in zweiter Lesung zunächst hineingeschrieben, nahm sie aber in der dritten dann wieder heraus. Inzwischen hatte nämlich die Regierung mit Schraube und Pressen gearbeitet. Von Anfang an stellte die Regierung die Fiktion auf, daß die Fürsten den Wehrbeitrag als ein einmaliges „patriotisches Opfer“ freiwillig leisten wollten, dagegen kraft „Gemeinen Deutschen Strafrechts“ im übrigen von direkten Steuern ausgenommen seien. Gegen die Haltbarkeit dieser Auffassung spricht der entscheidende Umstand, daß das berühmte „Gemeine Deutsche Staatsrecht“ nirgend anderes als in der Phantasie dienstbeflissener Staatssekretäre besteht. Die Mehrheit des Reichstages hat sich darüber in sehr deutlichen Ausführungen ausgesprochen. Wenn sie dennoch beim Besitzsteuergesetz nicht auf ihrem Beschlusse bestehen blieb, so ist das lediglich dem vom Reichskanzler und den Bundesratsbevollmächtigten, wie schon erwähnt, in letzter Stunde ausgeübten Druck gewichen, obschon es aus politischen Gründen undenkbar schien, daß das Gesetz an diesem Punkte trotz aller Beteuerungen der Regierung hätte scheitern können. Das wäre fürwahr ein lustiger Wahlkampf geworden, dessen Parole gewesen wäre: Für oder gegen die Steuerfreiheit der Fürsten!

Immerhin hat der sozialdemokratische Vorstoß auch in dieser Sache erhebliche Erfolge gezeitigt. Einmal hat, was den Wehrbeitrag anlangt, der Schatzsekretär erfahren müssen, daß die Fürsten die vollen Sätze des Beitrags nach den Vorschriften des Gesetzes zahlen müssen, während es in der Begründung des Entwurfs nur ganz allgemein geheißen hatte, das sich die Fürsten an dem Wehrbeitrage „beteiligen“ würden, ein Versprechen, das schließlich durch die Spende einer 5 Pfg.-Briefmarke dem Wortlaut nach erfüllt gewesen wäre. Etwas aber ist immer wieder, und zwar gerade auch beim Besitzsteuergesetz, betont worden, daß an der Steuerpflicht der Fürsten nach Ansicht der überwältigenden Mehrheit des Parlaments kein Zweifel bestehe und daß die Steuerpflicht gerade durch die Nichterwähnung begründet werde. Noch mehr — laut Wertzuwachssteuergesetz vom 14. Februar 1911 ist die Steuerfreiheit des Landesfürsten und der Landesfürstin ausdrücklich als Ausnahmebestimmung aufgeführt worden.

Da das steuerstatistische Material über Wehrbeitrag und Besitzsteuer dem Reichstage regelmäßig vorgelegt werden muß, wird sich immer wieder Gelegenheit bieten, das Thema der Steuerpflicht der Fürsten anzuschneiden. Und das wird solange und so nachdrücklich geschehen, bis die Herrschaften sozusagen kniefällig um die Erlaubnis bitten werden, die direkten Steuern auch, wie jeder andere nach seinen Umständen steuerpflichtige Angehörige des Deutschen Reiches zahlen zu dürfen!

Politische Rundschau

Deutschland.

Ein preußisches Irrengesetz.

Nach den Meldungen einer parlamentarischen Korrespondenz sind im Ministerium des Innern die Vorarbeiten zu einem preußischen Irrengesetz, das gemäß einem Wunsche des Abgeordnetenhauses geschaffen werden soll, eingeleitet worden. Um für das Gesetz bestimmte Grundlagen schaffen zu können, sind verschiedene ärztliche Kapazitäten (Irrenärzte und Leiter von Irrenanstalten) aufgefordert worden, ihre Gutachten zur Materie abzugeben. Auch Gutachten der Provinzialbehörden über die Erfahrungen der bisherigen Praxis und über die Vorschläge zur Abänderung des heutigen Verfahrens sind eingefordert worden. Diese Gutachten werden in erster Linie dazu dienen, festzustellen, in welchem Umfange der Staat auf dem Gebiete des Irrenwesens eingreifen kann. Die Kommunen streben besonders dahin, daß der Staat die Fürsorge der geisteskranken Verbrecher übernimmt, die den Kommunen viel Schwierigkeiten macht, weil ihre Anstalten keine genügenden Sicherheitsvorichtungen bieten. Der Staat will in diesem Punkte den Komunen auch entgegenkommen, weil die verschiedene Behandlung von Verbrechern (normal oder geisteskrank) tatsächlich zu Mißständen führen muß und die Verbrecherfürsorge nicht Sache der Gemeinden ist. Es wird erwogen, ob man vielleicht diese Fürsorge den Provinzen übertragen kann.

Die kostspielige Reichsversicherungsanstalt für Angestellte.

Gegenüber der Klage eines rheinischen Blattes, daß die gegenwärtigen Verwaltungskosten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Höhe von 1,8 Millionen Mark für das Jahr einen wenig trostreichen Ausblick bieten, wird von scheinbar zuständiger Stelle mitgeteilt, daß der Betrieb der Anstalt mit dem Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar d. Js. sofort in seinem ganzen Umfange einsetzen mußte: Die Zahl der Versicherten beläuft sich gegenwärtig auf 1 529 000. Die Verwaltungskosten sind von vornherein durch einen Zuschlag von 2,1 % auf die Beiträge berücksichtigt. Hierdurch werden bei dem gegenwärtigen Stand weit über 3 Millionen Mark Kosten gedeckt. Was davon nicht ausgegeben wird, soll als Verwaltungskosten-Reserve in Rechnung gestellt werden. Daß über diesen Betrag hinaus die Verwaltungskosten steigen werden, sei nicht anzunehmen.

Der Trompetenstoß des Generals.

Die „Deutsche Tageszeitung“ veröffentlicht eine Zuschrift des Generals der Kavallerie v. Kleist, der Mitglied des preußischen Herrenhauses und wahrscheinlich auch Mitglied des Preußenbundes — der organisierten preußischen Reaktion — ist. Der Herr General ist in helle Empörung geraten über die Resolutionen, die im Reichstag zur Wehrvorlage angenommen wurden und die nach seiner Meinung einen Ansturm gegen die Kommandogewalt bedeuten. Er schreibt u. a.: „Daß auch bürgerliche Parteien sich an diesem Ansturm gegen die Kommandogewalt beteiligten, das ist für einen Vaterlandsfreund einfach unverständlich. Ich würde mich nicht gewundert, sondern gefreut haben, wenn der Kriegsminister herausgegangen wäre und die Tür mit einem solchen Krach zugeworfen hätte, daß der ganze Reichstag auseinander geflogen wäre.“ Dann versucht der General, die Bundesstaaten gegen den Reichstag scharf zu machen. Er sagt mit Rücksicht auf die neuen Steuergesetze: „Man versteht nicht, daß die einzelnen Bundesstaaten, und besonders Preußen, es sich gefallen lassen, daß ein von ihnen selbst geschaffener Reichstag mit ihnen Fangeball spielt. Was ist zu tun. In der Defensive die Erhaltung eines starken Preußens mit seiner konservativen Staatsverfassung. Und wenn ich von Preußen spreche, so gilt das ebenso für die anderen Bundesstaaten. Nachdem die finanzielle Selbständigkeit verloren gegangen ist, ist es um so notwendiger, die letzten Reste der staatlichen Selbständigkeit und ein konservatives Wahlrecht zu wahren. Aber die Defensive genügt nicht. Wir müssen zur Offensive übergehen und mit Hilfe der einzelstaatlichen Elemente und des Bundesrats im Reiche Wehre bauen gegen eine weitere Demokratisierung. Dazu heißt es aber Aufklärungsarbeit tun und die Deutschen wieder mehr mit preußischem Geiste, mit einem vaterländischen Partikularismus erfüllen. Diesen preußischen Geist finden wir im Programm der konservativen Partei. „In Ihrem Zelte ist Preußen“.“

Wundern würde es uns nicht, wenn der General v. Kleist die letzten Konsequenzen seiner Ausführungen gezogen und gefordert hätte, die ganze Verwaltung des Reiches unter die Kommandogewalt des preußischen Generalstabes zu stellen.

Das Zentrum im badischen Landtagswahlkampf.

In Lahr-Stadt, welcher Wahlkreis bisher durch unsern Gen. Stadtrat Monsch vertreten wird, ist jetzt von der nationalliberalen Partei der Stadtrat Meyer als Kandidat aufgestellt worden. Da Monsch bei der Landtagswahl 1909 im ersten Wahlgang 974, der Nationalliberale 907 und der Zentrumskandidat 198 Stimmen erhalten, und der Letztere im 2. Wahlgang — Stichwahl gibt es bei den badischen Landtagswahlen nicht — den Ausschlag zugunsten der Sozialdemokratie gab, erbot sich nunmehr das Zentrum, um Monsch zu verdrängen, sofort für Meyer einzutreten. Diese Unterstützung lehnt aber die nationalliberale Partei ab, muß sie ablehnen, da nach dem am 22. Juni dss. Js. von den drei Linksparteien getroffenen Wahlabkommen der Kreis Lahr-Stadt als bisheriger Besitzstand der Sozialdemokratie garantiert ist. Der nationalliberale „Mannheimer Generalzeiger“ schrieb das recht deutlich, indem er bemerkte: „Unsere Lahrer Parteifreunde werden wissen, wie sie sich gegenüber diesem Liebeswerben des Zentrums zu verhalten haben. Sie werden ebenso, wie der Kandidat Meyer, sich für die Unterstützung des Zentrums mit aller Entschiedenheit bedanken und sie zurückweisen.“

Dieser dem Zentrum verabreichte Fußtritt hält aber den „Badischen Beobachter“, das Zentralorgan der badischen Zentrumspartei, nicht ab, sich den Nationalliberalen weiter zur Verfügung zu stellen.

Der Geburtenrückgang in Preußen.

Im vierten Quartal 1912 sind nach der jetzt vorliegenden amtlichen Zusammenstellung in Preußen 288 223 lebende Kinder geboren gegen 291 379 im vierten Quartal 1911 und 301 698 im vierten Quartal 1910. Es hat also gegenüber dem voraufgegangenen Jahre ein Rückgang um 3156 oder 1,1 v. H. stattgefunden, während im Jahre 1911 eine Abnahme um über 10 000 oder 3,4 v. H. erfolgt war. Die Zahl der Todesfälle ist gegenüber dem Jahre 1911 von 154 603 auf 149 061, also um 5542 oder 3,6 v. H. zurückgegangen. Damit ist der Ueberschuß der

Geborenen über die Gestorbenen von 136 776 auf 139 162 gestiegen. Die Zahl der Eheschließungen betrug im vierten Quartal 1912: 103 511 gegen 101 272 im vierten Quartal 1911 und 96 124 im vierten Quartal 1910.

Sensationsmeldungen der Alldeutschen?

In den letzten Tagen gingen wieder einige Meldungen durch die alldeutsche Presse, die ein keineswegs günstiges Licht auf Frankreich werfen. Wie wir bereits meldeten, soll in Oran (Marokko) ein deutscher Fremdenlegionär namens Hans Müller erschossen worden sein. Das deutsche Auswärtige Amt leitete sofort Schritte ein und beauftragte die deutsche Botschaft in Paris mit den näheren Feststellungen. Daraufhin meldete das französische Kriegsministerim, daß ein deutscher Fremdenlegionär namens Hans Müller in Oran nicht erschossen worden sei. Seit 1910 sei kein Fremdenlegionär dieses Namens kriegsgerichtlich erschossen worden, und der bei dieser Angelegenheit genannte Oberst Pierron stehe auch gar nicht in Oran, sondern in Fez. Dieses Dementi halten die alldeutschen Blätter jedoch nicht für stichhaltig.

Weiter gelangte in diesen Tagen aus Paris die Meldung an deutsche Blätter, in Paris sei ein junger Mensch, angeblich ein Deutscher namens Paul Rudowsky, der sich auf einem Pariser Polizeikommissariat nach der Adresse eines Bekannten erkundigen wollte, wegen Landstreichens festgehalten worden. In seiner Reisetasche sollen mehrere Papiere gefunden worden sein, welche Zeichnungen von einem für Flugzeuge bestimmten Maschinengewehr enthielten. Bei dem Verhör erzählte Rudowsky, sein Vater sei mehrere Jahre Werkführer bei Krupp gewesen; er selbst war bei Krupp in Essen als Zeichner angestellt. Dort habe er sich mehrere Zeichnungen über ein neues Maschinengewehr angeeignet und sei nach Frankreich gereist, um die Pläne dem dortigen Kriegsministerium zu verkaufen. Zu dieser angeblichen Hochverratsangelegenheit äußert sich der Generaldirektor der Kruppschen Werke, Geheimer Finanzrat Hugenberg, ihm sei bisher von der ganzen Angelegenheit nichts bekannt. Er halte sie auch für unwahr und messe der ganzen Sache absolut keine Bedeutung bei. Auch der Kriminalabteilung der Polizei in Essen ist weder von der Person des in Paris angeblich verhafteten Paul Rudowsky, noch von der Sache selbst etwas bekannt. Es scheint, als wenn man durch diese Meldungen wieder Stimmung gegen Frankreich machen wolle.

Heeringen der Neunzigste.

Unter dieser Überschrift bringt die „Berl. Volksztg." eine interessante Statistik über den Ministerverbrauch des Reichs. Die „Volksztg." schreibt:

„Der soeben aus seiner Stellung geschiedene Kriegsminister v. Heeringen war der 90. Minister unter Kaiser Wilhelm II. In seinem eigenen Amt hatte Herr v. Heeringen sechs Vorgänger. So groß auch die Zahl von sieben Kriegsministern in den 25 Regierungsjahren des Kaisers erscheinen mag, so gab es doch in anderen Ressorts noch häufigeren Wechsel. Am häufigsten war der Wechsel im Ministerium des Innern, das jetzt seit dem Regierungsantritt des Kaisers der neunte Minister verwaltet. Nächst den preußischen Ministern des Innern folgen der Zahl nach die Staatssekretäre des Auswärtigen Amtes. Herr v. Jagow ist der achte Staatssekretär. Die Zahl der Staatssekretäre des Reichsschatzamtes beträgt sieben. Die Zahl sechs kehrt mehrere Male wieder. Wir hatten, wenn die noch im Amt befindlichen Minister eingerechnet werden, sechs preußische Ministerpräsidenten, sechs Kultusminister, sechs Handelsminister und sechs Landwirtschaftsminister. Das Reichskolonialamt wird jetzt zum siebenten Male wechselnd verwaltet. Allerdings sind hierbei die Direktoren eingerechnet, die an der Spitze des Reichskolonialamts standen, bevor es vom Auswärtigen Amt abgetrennt wurde. Solf ist seit der Abtrennung der dritte Staatssekretär. Die Zahl der übrigen Minister unter dem Kaiser ergibt sich folgendermaßen: Wir hatten fünf Reichskanzler, vier Staatssekretäre des Reichsamtes des Innern, vier Staatssekretäre des Reichsjustizamts, vier Staatssekretäre des Reichsmarineamts, vier preußische Finanzminister, vier preußische Justizminister und vier Minister der öffentlichen Arbeiten. Den seltensten Wechsel sah das Reichspostamt, an dessen Spitze jetzt seit Gründung des Deutschen Reichs der dritte Staatssekretär steht."

Mehr als dies interessiert aber noch die Kehrseite der Medaille: die Kosten der Pensionierung dieser großen Anzahl von Ministern. Und hier hat das Volk die Zeche zu zahlen, während es bei dem Abgang eines Ministers nichts zu sagen hat.

Nach preußischem Schema.

Der erste Begnadigte infolge der Jubiläums-Amnestie in Elsaß-Lothringen ist der Sohn des Staatssekretärs Zorn v. Bulachs, der wegen Herausforderung zum Duell zu drei Monaten Festung verurteilt worden war. Er hatte gerade sechs Tage seiner Strafe verbüßt. — In Elsaß-Lothringen sind zurzeit 25 Assessoren an der Arbeit, um die „Würdigen" herauszufinden, die nach Anweisung des Gnadenerlasses Wilhelms II. begnadigt werden können. Just Herrn Klaus v. Bulach hat man als den ersten Würdigen herausgefunden.

Endgültige amtliche Ergebnisse der beiden letzten Reichstagsersatzwahlen.

Bei der Reichstagsersatzwahl im Wahlkreise Potsdam 9 (Jüterbog) am 2. Juli wurden bei einer Gesamtzahl von 40 768 Wahlberechtigten 32 939 gültige Stimmen abgegeben. Es erhielten: Stadtverordneter Ewald-Berlin (Soz.) 13 778, Oberregierungsrat a. D. von Oertzen-Remlin (Kpt.) 11 115, Schulvorsteher Hermann-Bremen (Fortschr. Volksp.) 7956, Schriftsteller Erzberger-Berlin (Zentr.) 84 Stimmen. Zersplittert waren 6 Stimmen. Die engere Wahl zwischen Ewald und v. Oertzen findet am 11. Juli statt. — Bei der Reichstagsersatzwahl im Wahlkreise Magdeburg 1 (Salzwedel-Gardelegen) am 2. Juli wurden bei 29 432 Wahlberechtigten 23 735 gültige Stimmen abgegeben. Es erhielten Hauptritterschaftsdirektor v. Kröcher-Vinzelberg (Kons.) 6605, Amtsvorsteher Schulz-Ritze (Kons.) 4049, Privatdozent Dr. Boehme-Lichterfelde (fraktionslos) 10 750, Gauleiter Bergemann-Magdeburg (Soz.) 1929 Stimmen. Zersplittert waren 8 Stimmen. Es findet Stichwahl zwischen v. Kröcher und Dr. Boehme statt.

Die Stichwahl im Reichstagswahlkreise Potsdam 9 wird nunmehr doch, wie zuerst bekanntgegeben, am Freitag, dem 11. Juli stattfinden. Der Wahlkommissar hatte sie, vermutlich nicht ohne Absicht, auf den 12. Juli anberaumt.

Der neue Kriegsminister.

Nach einer Meldung des „Berliner Lokal-Anzeigers" wurde Generalmajor v. Falkenhayn, Chef des Generalstabs des 4. Armeekorps in Magdeburg, unter Beförderung zum Generalleutnant ohne Patent zum Kriegsminister ernannt. — Weiter erfährt das Blatt, daß der langjährige Direktor des Zentral-Departements im Kriegsministerium, General der Infanterie v. Wachs, zu den Offizieren von der Armee versetzt worden ist. An seine Stelle tritt Oberst Scheiich, Kommandeur des 5. Garderegiments zu Fuß in Spandau.

Rußland.

Politischer Massenstreik in Petersburg. Am 30. Juni brach in zahlreichen Betrieben und Werkstätten in Petersburg ein eintägiger politischer Massenstreik aus, der sich in den folgenden Tagen immer weiter ausbreitete. In den ersten drei Tagen streikten zirka 40 000 Arbeiter, es ist aber anzunehmen, daß die Zahl der Teilnehmer sich in den folgenden Tagen noch erhöht hat. Anlaß zu dem Streik bot der Prozeß gegen 52 Matrosen der baltischen Flotte, der am 28. Juni vor dem Kriegsgericht in Kronstadt begann. Zahlreichen Angeklagten droht die Todesstrafe, obgleich ihnen kein bestimmtes Vergehen, sondern nur die angebliche Vorbereitung eines Aufstandes zur Last gelegt wird. Der elementare Protest gegen diess neue Schandgericht, der Protest gegen die bevorstehenden Todesurteile gegen zahlreiche Matrosen brachte ohne Vorbereitung, ohne vorherige Verabredung eine Reihe der größten Betriebe in Petersburg zum Stillstand, und zeigte erneut, daß die russische Arbeiterklasse vor keinem Opfer zurückschreckt, um ihren Abscheu über das herrschende Regierungssystem zum Ausdruck zu bringen.

Inzwischen ist das Urteil gefällt worden: 27 Seeleute wurden zu Zwangsarbeit, 20 zur Einreihung in die Arrestantenabteilungen verurteilt; fünf wurden freigesprochen.

Holland.

Genosse Troelstra bei der Königin von Holland. Amsterdam, 6. Juli. Gestern hat Genosse Troelstra die angekündigte Unterhaltung mit der Königin gehabt, um die Frage der Kabinettskrise einer Lösung entgegenzuführen. Die Unterhaltung fand im Sommerpalast „Het Loo" in Apeldoorn statt und dauerte mehr als 1½ Stunden. Als unser Parteigenosse den Bahnhof verließ, wurde er von einer zahlreichen Arbeitermenge mit Hochrufen begrüßt. Am Tage zuvor hat der Parteivorstand mit der Redaktion des Zentralorgans und der neuen Kammerfraktion eine Konferenz abgehalten, in der die Richtlinien festgelegt wurden, die Troelstra zur Lösung der Kabinettskrise vorzutragen hatte. Die Beschlüsse in dieser Konferenz wurden einstimmig gefaßt. Bemerkenswert ist die Mitteilung eines gut informierten bürgerlichen Pressenachrichtenbureaus, daß trotz des lauten Geschreies der bürgerlichen Presse über die Regierungsverantwortlichkeit" der Sozialdemokratie und die Notwendigkeit für die sozialdemokratischen Führer, Ministerportefeuilles zu akzeptieren, bisher noch kein einziger liberaler Politiker einem Sozialdemokraten einen Sitz im Kabinett angeboten hat.

Frankreich.

Die dreijährige Dienstzeit ist gestern von der Deputiertenkammer beschlossen worden.

Balkan.

Der Krieg zwischen den ehemaligen verbündeten Balkanstaaten ist nunmehr offiziell ausgebrochen. Zwar sind formelle Kriegserklärungen noch immer nicht erfolgt, aber die diplomatischen Beziehungen sind abgebrochen worden und damit ist die Hoffnung auf eine Beilegung der Differenzen ohne weiteres Blutvergießen endgültig geschwunden. Gleichzeitig zeigt die Türkei größere Aktivität und will nach dem Vorbild Rumäniens aus der bulgarischen Verlegenheit Vorteile ziehen. Die Konstantinopeler Regierung hat an die Bulgaren die Forderung gerichtet, das Gebiet von Rodosto und die Marmaraküste zu räumen. Man nimmt an, daß zwischen Rumänien und der Türkei ein Abkommen zustande gekommen ist. Nach einer weiteren Meldung will Rumänien jedoch vorläufig freie Hand behalten; es hat an Bulgarien das Ansinnen gestellt, als Preis für seine Neutralität 4500 Quadratkilometer Land zwischen Silistra und Varna abzutreten. Der Daily Telegraph meldet sogar schon aus Wien, Österreich-Ungarn habe ein Abkommen zwischen Rumänien und Bulgrien zum Abschluß gebracht, wonach Bulgarien gegen territoriale Abtretungen an Rumänien Saloniki erhalten soll.

Bulgarien hat seine Gesandten in Belgrad und Cetinje abgerufen.

Natürlich liegen heute auch wieder eine Anzahl Siegesmeldungen vor. Bulgarische Truppen sind in Oranja eingezogen; die Serben wollen Kriwolak und Kotschana zurückerobert haben.

Auch die Albanier rühren sich jetzt. Die Blätter melden aus Skutari: Die serbischen Truppen verschiedener Ortschaften Albaniens erhielten den Befehl, sich mit der Division in Prizrend zu vereinigen. In dem Gebiete von Malissia und Ljuma Matja versammeln sich große Mengen Albanesen gegen die serbischen Besatzungstruppen. Seit mehreren Tagen finden bereits Kämpfe zwischen dem Matflusse und der Drin statt. An der Ljuma-Grenze sowie unweit von Ochrida waren die Gefechte für die Serben verlustreich.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, 8. Juli.

Achtung Zentralverband der Zimmerer Deutschlands Zahlstelle Lübeck! Über die Arbeiten der hiesigen Baudeputation (Staatsplatz) ist wegen Nichtanerkennung der hiesigen Lohn- und Arbeitsbedingungen die Sperre verhängt. Die Tarifkommission.

Lob des Sommers.

Man hat den Sommer zwar heuer noch nicht zu sehen bekommen, aber nach einem alten Wort soll man von den Abwesenden nur Gutes reden.

Und unser Sommer ist abwesend, sogar sehr abwesend!

Sonst sieht man um diese Zeit rote Köpfe, heuer erblickt man höchstens blaue Nasen.

Verwunderlich ist das weiter nicht bei einer Temperatur, wie wir sie jetzt schon seit Wochen haben.

Während in anderen Jahren das Thermometer lustig in die höchsten Regionen klettert, hält es sich heuer mit zähneklappernder Beharrlichkeit so um den zehnten Grad herum.

Kaum hat in aller Frühe die Sonne durch die Wolken gespitzt, gleich zieht sie sich wieder zurück und wir kriegen sie nun tagsüber höchstens noch auf kurze Augenblicke zu sehen.

Warum sie wohl so mit uns grollt und schmollt? Sie wartet eben auch auf den Sommer, der heuer nicht kommen will, guckt jeden Morgen nach ihm aus und ist ärgerlich, wenn sie wieder sehen muß, daß er noch nicht da ist. —

In die fünfte Woche zieht sich dieses reizende Versteckspiel jetzt schon, aber wir haben wenigstens einige Aussicht, den Sommer heuer doch noch zu finden.

Vor 14 Tagen haben die Wetterkundigen geweissagt, daß uns eine Hitzwelle den längst fälligen Sommer bringen wird.

Acht Tage lang müßten wir schon schwitzen, wenn die Propheten recht gehabt hätten. Statt dessen ziehen wir uns alle verfügbaren Unterkleider an und vorsorgliche Gemüter erwägen ernstlich die Anschaffung von Pelzwerk.

Wo bleibt die versprochene Hitzwelle?

Nun, sie wird es vielleicht anderswo schöner gefunden haben als bei uns und sich einstweilen dort seßhaft machen. Oder sie kommt vielleicht auch nur langsam vorwärts.

Trösten wir uns! Bis Weihnachten ist noch genug Zeit und es muß nicht immer durchaus Juli oder August sein, um vor Hitze zu prusten. Das ist im Dezember auch recht schön.

Ich freue mich jetzt schon auf Weihnachten. Das soll heuer ein billiges Fest werden, denn ich wünsche mir nichts weiter als — einen richtigen Sommerausflug, eine Fahrt ins Grüne! Und es besteht frohe Aussicht, diesen langersehnten Ausflug endlich machen zu können — an Weihnachten 1913!

Eine Erhöhung des Preises für Gas, das durch Münzgasmesser bezogen wird, verlangt der Senat in einem Antrag, der den Mitgliedern des Bürgerausschusses zugegangen ist. Der Antrag besagt, daß unter Aufhebung des Rat- und Bürgerschlusses vom 18. Juni 1913, soweit er den Preis für das durch Gasautomaten bezogene Gas betrifft, der Preis des durch Münzgasmesser bezogenen Gases auf 14 Pfg., wenn die Leitungsanlagen nebst Gebrauchsgegenständen vom Gasabnehmer selbst beschafft werden, dagegen auf 17 Pfg. festgesetzt werde, wenn die Leitungsanlagen nebst Gebrauchsgegenständen dem Gasabnehmer von den Gaswerken leihweise überlassen werden, sowie daß ferner bestimmt werde, daß jeder Gasabnehmer, soweit sein mit dem Münzgasmesser gemessener Gasverbrauch 300 Kubikmeter für das Jahr nicht übersteigt, 3 Pfg. für jedes an dem Verbrauch von 300 Kubikmetern fehlende Kubikmeter zu zahlen hat. Zur Begründung sagt die Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten: Bis zum 1. April 1913 betrug der Gaspreis bei Verwendung solcher Gasautomaten, deren Leitungsanlagen nebst Gebrauchsgegenständen vom Gasabnehmer selbst beschafft waren, 14 Pfg. für 1 Kubikmeter, und bei Verwendung von Gasautomaten, deren Leitungsanlagen nebst Gebrauchsgegenständen dem Gasabnehmer von den Gaswerken leihweise überlassen waren, 17 Pfg. für 1 Kubikmeter. Abgegeben wurde Automatengas nur an sogenannte kleine Leute, d. h. solche Konsumenten, von denen man nach Lage der Umstände annahm, daß sie bei Verlangen der Aufstellung eines Gasmessers kein Gas überall beziehen würden. Irgendwelche Schwierigkeiten entstanden hierbei nicht, da der Preis für das mittels Münzgasmessers entnommene Gas von demjenigen abwich, welcher für Gas festgesetzt war, das mittels gewöhnlicher Gasmesser gemessen wurde. Seit dem 1. April 1913 sind indessen Schwierigkeiten eingetreten, nachdem der Preis des sogenannten Automatengases auf 13 und 16 Pfg. herabgesetzt ist. Da der Münzgasmesser ohne Entschädigung zur Verfügung gestellt wird, sind viele Anträge an die Behörde gelangt, die Gasmesser gegen Münzgasmesser auszuwechseln. Diesen Anträgen konnte nicht entsprochen werden, da es sich zumeist bei den Antragstellern nicht um sogenannte kleine Leute handelte, und die Behörde die Gewährung von Münzgasmessern an einen größeren Kreis von Antragstellern oder gar an jeden beliebigen Antragsteller nicht zugestehen konnte, wenn anders sie den von den gesetzgebenden Körperschaften aufgestellten Voranschlag nicht unberücksichtigt lassen wollte. Die Zurückweisung von Anträgen gab indes vielfach zur Unzufriedenheit bei den Antragstellern Anlaß, und auch den Beamten wurde es oft schwer, die Entscheidung, ob ein Antragsteller zu den sogenannten kleinen Leuten gehöre oder nicht gehöre, zu treffen. Diesen Schwierigkeiten wird, wie der beigefügte Bericht des Direktors Hase dartut, in der Folgezeit nur dann zu entgehen sein, wenn unter Aufhebung des festgesetzten Preises ein neuer, besonderer Preis für das mittels Münzgasmessers entnommene Gas bestimmt wird und jedem Antragsteller ohne Unterschied die Möglichkeit der Entnahme des Gases mittels Münzgasmessers gewährt wird. Daß etwa der jetzige Preis bleiben und die Abgabe an jeden Antragsteller geschehen sollte, ist ausgeschlossen und würde nicht nur einen bedeutenden Einnahmeausfall im Gefolge haben, sondern auch nach der beigefügten Tabelle eine Ausnahme von der Preisfestsetzung in allen übrigen Städten, soweit bekannt, bilden. Unter den etwa 10 000 Konsumenten der Gasanstalt befinden sich etwa 4200, welche einen oder zwei dreiflammige Gasmesser oder einen drei- und einen fünfflammigen Gasmesser oder einen fünfflammigen Einheitsmesser benutzen. Würden diese alle einen fünfflammigen Gasautomaten in Anspruch nehmen, so würden nicht nur 4200 Münzgasmesser zum Preise von je 50 Mk. (= 210 000 Mk.) zu beschaffen und einzubauen und dieser Betrag zu verzinsen und zu tilgen sein, sondern es würde ein Ausfall an Gasmessermiete von 5,40 Mk. für jeden Gasmesser, also von 22 680 Mk. eintreten und an Mehrkosten im Betriebe für Münzgasmesser eine Summe von 4200 Mk. erwachsen. Wenn auch nicht anzunehmen ist, daß sämtliche 4200 Konsumenten sich Münzgasmesser einbauen lassen werden, so würde doch bei 2000 Münzgasmessern immer noch mit einem Ausfall von 12 000 Mk. bei Beibehaltung des am 1. April dieses Jahres eingeführten Preises zu rechnen sein, wie die beigefügte Berechnung ergibt. Schon dieser Ausfall wird einen Ausgleich verlangen. So empfiehlt es sich, zu den alten Preisen zurückzukehren und wie bisher 14 Pfg. und 17 Pfg. zu verlangen. Auch dieser Preis wird — die Zahl von 2000 Konsumenten angenommen — noch einen Ausfall von vielleicht bis zu 6000 Mark bringen, dieser wird aber zu tragen sein, weil der für die minderbemittelte Bevölkerung bestimmte Münzgasmesser gewisse Bezugserleichterungen mit sich führen und seine erleichterte Einführung den Gaskonsum vermehren soll. Dabei

empfiehlt es sich allerdings, dem Beispiel Berlins und anderer Städte zu folgen und einen Mindestverbrauch von 300 Kubikmeter für das Jahr für den Münzgasmesser zu verlangen und vorzuschreiben, daß für jedes Kubikmeter Minderverbrauch im Jahre unter 300 Kubikmeter 3 Pfg. zu vergüten sind, um zu verhüten, daß Münzgasmesser verlangt, aber nicht benutzt werden. Würde dies geschehen, so würde sich damit der Ausfall vermindern. Der Konsum von 300 Kubikmetern ist nicht zu hoch gegriffen, da der durchschnittliche Verbrauch im Jahre 1912 für den Münzgasmesser 385 Kubikmeter betrug. — Uns erscheint diese Begründung sowohl für die Erhöhung des Automatengaspreises als auch für die Festsetzung eines Mindestverbrauchsquantums von 300 Kubikmetern als absolut ungenügend. Gerade die kleineren Abnehmer würden unter der Annahme des Antrages zu leiden haben.

Zur Bewegung der Arbeiter auf den Seeschiffswerften. Am Freitag, dem 4. Juli, fanden auf Einladung der einzelnen Untergruppen des Unternehmerverbandes der Seeschiffswerften zwischen Vertretern der Werftbesitzer und Vertretern der Arbeiter von den Werften der Unterweser, der Elbe und des westlichen Ostseegebietes unter Hinzuziehung einiger Vertreter der örtlichen Organisationsleitungen in Hamburg Verhandlungen statt. Die Verhandlungen konnten ihrem ganzen Charakter nach nur eine allgemeine Besprechung der zu behandelnden Angelegenheit sein. Irgendwelche Beschlüsse über die Forderungen der Arbeiter wurden noch nicht gefaßt. Es wäre also auch eigentlich nichts zu berichten. In der bürgerlichen Presse erscheinen aber trotzdem schon Berichte über die Verhandlungen. Diese Berichte enthalten in der Hauptsache Unwahres. Bei der Besprechung am Freitag haben die Vertreter der Werftbesitzer die Forderungen der Arbeiter als zu weitgehend bezeichnet, aber man hat am Schluß der mehrere Stunden dauernden Besprechung vereinbart, daß am Dienstag, dem 8. ds. Mts., die Vertreter der Unterhandelnden wieder zusammentreten unter Hinzuziehung noch einiger Arbeitervertreter von der Unterweser. Diese Verhandlung wird sich wiederum mit den allgemeinen Fragen, die alle Werften betreffen, beschäftigen. Dann ist in Aussicht genommen, am nächsten Tage mit der Beratung der örtlichen Angelegenheiten zu beginnen. In welcher Form diese Verhandlungen stattfinden werden, das muß erst die weitere Beratung ergeben. Wie schon erwähnt, finden diese Verhandlungen nur für die Werften, die in den obenbezeichneten Gebieten liegen, statt. Für die Werften an der Oder sind ebenfalls Verhandlungen angesetzt und zwar ist als vorläufiger Termin der 11. Juli in Aussicht genommen. Der Verhandlungsort ist Stettin. Da einzelne Teilnehmer der Hamburger Verhandlungen auch in Stettin anwesend sein sollen, wird der Verhandlungstermin je nach dem Fortgang der Hamburger Verhandlungen event. geändert werden.

Am Sonntag, dem 6. Juli, tagte in Hamburg eine Konferenz der Werftarbeiter. Diese Konferenz war zur Information der Werftarbeiter über den Stand der Bewegung notwendig. Eine Stellungnahme zu den Forderungen resp. den Äußerungen, die von den Vertretern der Werftbesitzer über die Forderungen der Arbeiter gemacht worden sind, hat die Konferenz nicht für erforderlich erachtet. Die Unternehmer haben bei den Verhandlungen bisher noch nicht zu erkennen gegeben, was für Absichten bezüglich etwaiger Zugeständnisse sie hegen. Infolgedessen muß bei den weiteren Verhandlungen erst darüber Klarheit geschaffen werden. Dann erst, wenn die Verhandlungen ein bestimmtes Ergebnis gebracht haben, wird eine weitere Konferenz Beschlüsse fassen.

Verkehr durch die Drehbrücke im inneren Seehafen und durch die beiden Hubbrücken in der Hafenstraße. Das Bauamt macht bekannt: Der erste Absatz der Bekanntmachung vom 7. Mai 1912, betreffend den Verkehr durch die Drehbrücke im inneren Seehafen und durch die beiden Hubbrücken in der Hafenstraße, erhält folgende abgeänderte Fassung: Die Drehbrücke im inneren Seehafen und die beiden Hubbrücken in der Hafenstraße bleiben regelmäßig geschlossen: 1. am ersten Weihnachts- und ersten Ostertage; 2. während des ganzen Jahres mittags von 12 Uhr bis 1 Uhr 30 Minuten, die Drehbrücke außerdem von 1 Uhr 45 Minuten bis 2 Uhr nachmittags und bis Ende September von 9 Uhr abends bis 9 Uhr vormittags, sowie 4. vom 1. Oktober bis Ende April von 7 Uhr abends bis 9 Uhr vormittags. — Verkehr durch die Drehbrücke im inneren Hafen. Ziffer 1 der Bekanntmachung vom 6. Dezember 1902, betreffend den Verkehr durch die Drehbrücke im inneren Hafen, erhält folgenden Zusatz: Für kleinere Schlepper und für leere Leichterfahrzeuge wird die Brücke bei einem Wasserstande bis zu Mittelwasser (= — 0,15 m NN) nicht geöffnet; für größere Schleppdampfer von 120 PS. an wird sie in der Regel nur geöffnet, wenn sie zum Einschleppen oder Ausschleppen von Fahrzeugen, für welche die Brücke geöffnet werden muß, die Brücke durchfahren wollen.

pb. **Entwendeter Rock.** Am 4. ds. Mts., nachmittags zwischen 4 und 6 Uhr ist aus einem unverschlossenen Packwagen auf dem Baugeleise auf dem Moislinger Rangierbahnhof ein graublauer Regenrock mit einem mit blauem Sammet gefütterten Kragen gestohlen worden. Der Rock hat zwei Reihen schwarze Knöpfe.

pb. **Fahrraddiebstahl.** Am 27. v. Mts. vormittags gegen 7 Uhr ist vom Flur eines an der Falkenwiese belegenen Hauses ein Fahrrad mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen, nach oben gebogener Lenkstange, der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 7050 und der Fabriknummer 26098 abhandengekommen und vermutlich gestohlen werden.

pb. **Verhaftung.** Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Stockelsdorf, der sich eines Diebstahls schuldig gemacht hat.

Säuglingsfürsorgestelle I. Die nächste Sprechstunde findet am Mittwoch von 2 bis 3½ Uhr nachmittags Kahlhorststraße 31/33 statt.

Väter und Mütter der Arbeiterschaft!

Schickt eure schulentlassenen Söhne und Töchter zu den Veranstaltungen der :: ::

Freien Jugend Lübecks!

Schwartau. Die Gründung einer Sektion des Verbandes der Gastwirtsgehilfen für Schwartau und Umgegend soll morgen, Mittwoch, abend in einer Versammlung aller Gastwirtsgehilfen im Gasthof Transvaal erfolgen. Kollegen! erscheint vollzählig. Der Einberufer.

Hamburg. Fabrikarbeiterstreik in den Wilhelmsburger Palminwerken. Die Arbeiter der Firma H. Schlinck u. Cie., „Palminwerke" in Wilhelmsburg bei Hamburg haben am 2. Juli wegen Nichtanerkennung ihrer Forderung die Arbeit eingestellt. Streikbrecher-Agenten sind nunmehr auf der Suche nach Arbeitswilligen. Wir ersuchen, diesen Agenten überall scharf auf die Finger zu sehen. Besonders werden sie bemüht sein, geübte Oelpressenarbeiter zu bekommen. Zuzug von Fabrikarbeitern, Arbeiterinnen, Heizern, Maschinisten und Handwerkern ist streng fernzuhalten.

Hamburg. Die Bürgerschaft beschäftigte sich am Freitag in der Hauptsache mit der Fortbildungsschulfrage. Der Senat hat eine in mehrfacher Hinsicht reaktionäre Vorlage eingebracht, in denen die Wünsche der Bürgerschaft nicht die mindeste Berücksichtigung gefunden haben. Besonders im Punkte Schulgeldfreiheit erscholl vom Regierungstische ein striktes Nein! Und erfreulicherweise hat der Senatskommissar auch mit erfrischender Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, weswegen der Senat grundsätzlich dafür ist, Schulgelder zu erheben. Die Unentgeltlichkeit des Fortbildungsschulunterrichts könnte zu unliebsamen Konsequenzen für den Volksschulunterricht führen. Ein recht nettes Eingeständnis, das für die Bildungsfeindlichkeit unserer Pfeffersäcke charakteristisch ist. Lange wurde hin- und hergestritten. Den Standpunkt unserer Fraktion vertrat Genosse Bartels. Mitglieder der Fraktionen der Vereinigten Liberalen und der Linken bekämpften ebenfalls den Senatsantrag. Es fehlte aber auch nicht an Hilfstruppen der Reaktion im Hause. So hatte z. B. Gravenhorst von der Linken die Stirn, zu behaupten, daß es den Lehrlingen und ungelernten Arbeitern ein leichtes sei, jährlich 12 Mk. Schulgeld zu zahlen. Bei 8 bis 10 Mk. Wochenlöhnen sei das eine Bagatelle. Erfreulicherweise hatten eine Reihe Mitglieder der Linken aber schließlich doch so viel Rückgrat, auf dem früheren Entschlusse zu beharren und zusammen mit den Sozialdemokraten und Vereinigten Liberalen diesen Teil der Senatsvorlage zu Fall zu bringen. Ob der Senat nun die Verantwortung auf sich nehmen wird, das Gesetz scheitern zu lassen? Die übrigen von den Vereinigten Liberalen und unseren Genossen gestellten Abänderungsanträge wurden abgelehnt. Es bleibt also dabei, daß die weibliche schulentlassene Jugend von jedem Fortbildungsschulunterricht ausgeschlossen ist. Auch bleiben die Inhaber des Berechtigungsscheines zum Einjährig-Freiwilligendienste davor bewahrt, mit dem gewöhnlichen Volk auf einer Schulbank zu sitzen. — Schmuggler und Zöllner auf der Anklagebank. Am Sonnabend abend fand vor der Strafkammer IV ein Prozeß sein Ende, der drei Tage gedauert hatte, und in dem sich Kaufleute, Kutscher und Zollbeamte wegen Zolldefraude und Beihilfe dazu, sowie aktiver und passiver Beamtenbestechung zu verantworten hatten. In der Hauptsache wurde den Angeklagten vorgeworfen, daß sie in den Jahren 1911 und 1912 große Mengen Sprit geschmuggelt hatten. Die Schmuggeleien wurden auf zweierlei Art bewerkstelligt. In dem einen Falle waren in einer Barkasse geheime Tanks eingebaut gewesen und hierin der Sprit über die Zollgrenze geschmuggelt, in den anderen Fällen waren ganze Wagenladungen von Sprit von den beiden Zollbeamten einfach durchgelassen worden. Der eine Zollbeamte hatte im ganzen 3000 Mk., der andere etwa 600 Mk. Bestechungsgelder erhalten. Die Summen, die die Spritschmuggler verdient haben, gehen in die Tausenden. Das Urteil, das nach fünfstündiger Beratung gefällt wurde, wirft wegen Zolldefraude Geldstrafen von 570 000 bis 60 000 Mark aus, an deren Stelle im Nichteintreibungsfalle Gefängnisstrafen von zwei Jahren bis sechs Monaten treten. Wegen Bestechung erhalten die beiden Zollbeamten Zuchthausstrafen von drei Jahren resp. einem Jahre sechs Monaten. Die anderen Angeklagten erhalten wegen Bestechung Gefängnisstrafen von einem Jahre bis zwei Jahren sechs Monaten.

Harburg. Der Tod auf den Schienen. Auf der Bahnstrecke Harburg-Bremen versuchte Sonntag bei Meckelfeld eine Frau noch schnell über die Schienen zu laufen. Obwohl ein Zug nahte und die Barriere geschlossen war, hat sie doch noch versucht, über das Bahngelände zu kommen. Die Frau hatte aber nicht beachtet, daß aus entgegengesetzter Richtung sich ebenfalls ein Zug nahte. Sie wurde von diesem erfaßt und ihr der Kopf vom Rumpfe getrennt.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

:: Komitee- und Kommissionssitzungen ::

Jugend-Ausschuss.

Morgen Mittwoch, abends 8½ Uhr

Sitzung

im Jugendheim. (5327

Für die vielen Geschenke und Gratulationen zu unserer Hochzeit danken herzlichst (5318

B. Bartsch und Frau
geb. Nilsson.

Für Gratulationen und Geschenke zu unserer silbernen Hochzeit danken herzlich (5322

Eduard Breede und Frau.

5326 **Danksagung.**

Für die zahlreiche Beteiligung und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes spreche ich dem Dachdecker-Verband, sowie allen Verwandten, Freunden und Bekannten meinen herzlichsten Dank aus **Elisabeth Stoffers.**
W. Voht und Frau, geb. Stoffers.

Danksagung.

Für die Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben unvergeßlichen Mannes sage allen Bekannten und Verwandten innigsten Dank. (5320

Elisabeth Gieseler Ww.
und Familie.

Gesucht sofort
ein Laufmädchen
außer der Schulzeit (5317
M. Longuet, Sandstraße 12.

Ges. 1 Barbiergehilfe
für Sonnabend abends und Sonntags bei gutem Verdienst. Zu erfragen in der Exp. d. Bl. (5321

5315

Früher Café Central!

Heute

beginnt der bekannt gegebene **Massen-Verkauf** von **prima** emaillierten Kochgeschirren mit kleinen Fabrikationsfehlern!

Fast sämtliche Geschirre, in einer in Lübeck noch nie gebotenen Auswahl, werden mit

50–75 Prozent

unter sonstigem Wert in **diesem Detail-Verkauf** losgeschlagen. U. a.: **Kochtöpfe, Wasserkessel, Pfannen, Kasserollen, Durchschläge, Fischkessel, Waschtöpfe, Küchenschüsseln, Waschbecken, Wasserkannen, Kaffeekannen, Teekannen, Milchtöpfe, Becher, Leuchter, Fußwannen, Eimer, Wannen, Toilette-Eimer, Eßnäpfe, Menagen, Teller, Teichschüsseln, große Töpfe für Betriebe und Pensionate, günstigste Gelegenheit für Wiederverkäufer.** — Solange der Vorrat reicht:

Kessel, runde Form .....sonstiger Wert 5.00 Mk., jetzt **1.00** Mk.
Grosse Töpfe .....sonstiger Wert 2.50 Mk., jetzt **0.60** Mk.
Milchkannen.....sonstiger Wert 2.00 Mk., jetzt 0.50 Mk.

5330) **Auf Wunsch werden gekaufte Geschirre frei ins Haus geschickt.**

Emaille-Verkaufsstelle Mengstraße 18, Ecke Fünfhausen.

Beachten Sie bitte die 4 großen Schaufenster!

Sozialdemokratischer Verein.

Die

Mitglieder-Versammlung

findet nicht heute Dienstag statt, sondern muß

besonderer Umstände wegen auf Dienstag, den 15. Juli

verlegt werden.

5310) **Der Vorstand.**

Eine große

Hand- und Hausbibliothek

erhalten die Abonnenten von „Welt und Wissen"

vollständig gratis

und zwar nach Bezug eines Jahrganges, resp. 52 Heften, 3 illustr. Werke im Umfange von zusammen 480 Seiten. — „Welt u. Wissen" erscheint wöchentlich im Umfange von 24 Seiten, reich illustr., und bringt höchst interessante Abhandlungen aus all. Wissensgebieten zum Preise von nur 15 Pf. für das Heft.

Den Bestellschein erbitten wir ausgefüllt an unsere Expedition oder durch unsere Boten.

Bestellschein

für die Abonnenten des

„Lübecker Volksboten".

An die

Buchhandlung J. Meyer & Co.

Lübeck, Johannisstraße 46.

Ich abonniere hiermit auf

„Welt und Wissen"

à 15 Pfg. pro Heft.

Name: _____

Ort: _____

Straße: _____

Geschäfts-Uebernahme.

Mit dem heutigen Tage trete ich mein

Kolonialwaren-Geschäft verbunden mit

Gastwirtschaft,

Wein- und Spirituosen-Handlung

käuflich an Herrn **Carl Grammerstorff** ab. Indem ich für das mir seit 21 Jahren erwiesene Wohlwollen bestens danke, bitte ich, dasselbe auch auf meinen Nachfolger zu übertragen.

Stockelsdorf, den 1. Juli 1913.

H. Randt.

Bezugnehmend auf obige Anzeige bitte ich das meinem Vorgänger erwiesene Wohlwollen auf mich übertragen zu wollen, indem ich für gute Ware bei streng reeller Bedienung sorgen werde.

Carl Grammerstorff
Stockelsdorf.

5334

Zum 1. Okt. e. **Laden m. Wohn.** zu verm. Preis 200 Mk. (5241
Fackenburg, Segeberger Straße 37. Näheres das. abends u. Sonntags.

Ein älteres Ehepaar **sucht Wohnung** mit Platz für Hühner. Ang. mit Preis unter **F Z** an die Exp. dieses Blattes. (5332

Brautpaar sucht zum 1. Oktober eine **2-Zimmer-Wohnung,** Holstentor-Nord. Angebote unter **S A** an die Expedition d. Bl. (5325

Junge Riesenkaninchen
billig zu verkaufen.
5329) Luisenstraße 29.

5333 **Prima Ziegenfleisch**
Mittwoch Markthallenstand 29.

Abreisenden aufbewahrt u. nachgesandt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer 2c. im Lagerhaus u. Speditionsgeschäft **Fischergr. 52.** (184

gegen Gutscheine von 5 Pfd. 1 Korallenkette od. 3 neusilb. Teelöffel, 10 Pfd. 1 echt silb. Kollier oder Blusennadel 800/1000 (220
Schumann & Wille, Wittenberge.

Meierei Schwartau

Inh.: Pht. Eitel — Fernspr. 2144

liefert Vollmilch und Milchprodukte aller Art in bester Qualität. (368

Sozialdemokratischer Verein für den Wahlkreis Lübeck.

Die Urabstimmung

für die Wahl von 3 Delegierten zum diesjährigen in Jena stattfindenden Parteitag der deutschen Sozialdemokratie

findet am

Sonntag, dem 13. Juli 1913

von 10 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags in folgenden Lokalen statt:

Lübeck: **Innere Stadtbezirke und Hüxtertor** im **Gewerkschaftshause,** Johannisstraße 50-52.
Lübeck: **Mühlentorbezirke** im Etablissement **Weißer Engel,** Ratzeburger Allee.
Lübeck: **Holstentor-Nord** in **Storchs** Restaurant, Friedenstraße.
Lübeck: **Holstentor-Süd** im Restaurant **Martiensen,** Lindenstraße 13.
Lübeck: **Burgtorbezirke** im **Neu-Lauerhof,** Arnimstraße.
Moisling: In **Schreibers Kaffeehaus.**
Schlutup: Bei **Saborowski** (Gasthaus zur Linde).
Travemünde: Im Lokale von **Westphal,** Torstraße.
Trems-Vorwerk: Beim Wirt **Stapelfeldt,** Bogenstraße.
Kücknitz-Siems: Im Lokale des Herrn **Dieckelmann** zu **Kücknitz.**
Moorgarten: Im **Wachholderkrug (Fr. Wehrend) Moorgarten.**
Büssau-Krummesse-Kronsforde: Im Lokale des Herrn **König** in **Oberbüssau.**
Schönböden: Im **Steinrader-Baum.**

Zur Abstimmung dürfen nur die von der Wahlkreisleitung ausgegebenen Stimmzettel benutzt werden. Diese Stimmzettel werden nur im Wahllokal, und nur an die sich

durch Mitgliedsbuch

legitimierenden Mitglieder verabfolgt.

Alle sonstigen die Urwahl betreffenden Bestimmungen werden im Wahllokal durch Aushang bekannt gegeben. Jedes Mitglied ist berechtigt, in dem Lokal zu wählen, das ihm am geeignetsten liegt. Doch darf das Wahlrecht nur einmal ausgeübt werden. Die Wahlleitungen sind für gewissenhafte Durchführung des Wahlreglements verantwortlich.

5316 **Der Vorstand.**

Volksfürsorge.

Versammlung

der Gewerkschaftsvorstände, Hilfskassierer der Gewerkschaften und Funktionäre des Konsumvereins

am Donnerstag, dem 10. Juli, abends 8½ Uhr im „Gewerkschaftshaus" (großer Saal).

Tages-Ordnung:

Der innere Aufbau der Volksfürsorge.

Referent: Herr **Müller-Hamburg.**

Da in dieser Versammlung von fachkundiger Seite Aufklärung über die Prämiensätze, deren Berechnung 2c. gegeben werden soll, ersuchen wir um zahlreiches Erscheinen. 5323

Die Funktionäre der umliegenden Ortschaften sind hiermit ebenfalls eingeladen. **Die Verwaltungskommission.**

Gewerkschaftshaus Lübeck.

Johannisstraße 50-52.

Restaurant. **Schattiger Garten.**

ff. gepflegte Biere. ff. Mittagstisch a 65 Pf.

Diners a 1 Mk. u. höher. Reichh. Speisenkarte zu jeder Tageszeit.

4838 **C. Kluth,** Verlr.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 157. Dienstag, den 8. Juli 1913. 20. Jahrg.

Die große Umwälzung.

Das am Sonnabend erschienene Armee-Verordnungsblatt bringt als erstes Ergebnis der angenommenen Heresvorlage die bewilligten Neuformationen, die bei der Infanterie, Kavallerie, den Maschinengewehrtruppen, Pionieren, Luftverkehrs- und Telegraphentruppen eintreten. In Ergänzung der bisher noch auf zwei Bataillonen stehenden sogenannten „Aluminium-Regimenter“ werden 15 neue Infanterie-Bataillone aufgestellt, die als dritte Bataillone zu dem 5. Garde-Regiment zu Fuß, zum Garde-Grenadier-Regiment Nr. 5 und zu 13 Infanterieregimentern treten. Durch diese Bataillone erhalten folgende Orte, die bisher keine Garnison hatten, Militär: Stuhm (Westpreußen), Striegau, Tarnowitz, Geldern, Eutin, Holzminden, Mühlhausen (Thüringen), Friedberg (Hessen), Villingen und Donaueschingen. 94 Maschinengewehr-Kompagnien werden neu gebildet, und zwar 80 Maschinengewehr-Kompagnien bei den Infanterieregimentern und 14 bei den Jäger-(Schützen-) Bataillonen. Als neue Waffengattungen treten 14 Radfahr-Kompagnien zu den bestehenden Jäger- und dem Garde-Schützen-Bataillon. Eine Neugründung bedeuten ferner 15 Festungs-Maschinengewehr-Abteilungen, die Infanterie-Regimentern in den Festungen Königsberg i. Pr., Posen, Köln, Straßburg i. E., Fort Mutzig, Metz, Diedenhofen, Graudenz, Thorn, Mainz und Lötzen (Feste Boyen) zugeteilt werden. Es folgen die lange im Reichstag umkämpften sechs Kavallerie-Regimenter: Die Jäger-Regimenter zu Pferde Nr. 8—13 in Trier, Insterburg, Angerburg, Goldap, Tarnowitz, Lublinitz, St. Arold und Saarlouis. (Die gesperrten Ortsnamen bedeuten neue Garnisonen.) — Drei Pionier-Bataillone, mit der Bezeichnung: 2. Brandenburgisches Pionier-Bataillon Nr. 28 in Küstrin, Posensches Pionier-Bataillon Nr. 29 in Posen, und 3. Rheinisches Pionier-Bataillon Nr. 30 in Koblenz erfordert die Teilung dieser Waffe in Feld- und Festungspioniere. — Die Luftschiffer- und Fliegertruppen werden zu 5 Luftschiffer- und 4 Fliegerbataillonen unter einer Inspektion der Luftschiffertruppen in Berlin zusammengefaßt. Auch die Telegraphentruppen sind nach Neuaufstellung eines 6. Bataillons in Hannover neueingeteilt worden.

Mit diesen Neuformationen sind Aenderungen in der Militärverwaltung verbunden. Acht neue Bezirkskommandos wurden geschaffen. Die Avancements und Versetzungen gehen ins Unendliche. Auch dem mit unserem Militärsystem unlöslich verknüpften Verlangen nach Auszeichnungen ist Rechnung getragen. — Hoffentlich trägt dieser Rüstungsfanatismus dazu bei, das deutsche Volk gründlich aufzurütteln.

Charakteristisch für das ganze militärische System ist auch der Abgang des Kriegsministers, über den die „Kölnische Volkszeitung“ folgendes in Erinnerung zurückruft: „Beim Rücktritt des Kriegsministers sprechen auch innere Gründe mit. Vielleicht wurde gerade die Armeevorlage der Anlaß zu gewissen Differenzen mit dem Generalstab und Kriegsministerium und liegt hier der letzte Grund zum Rücktritt des Kriegsministers. Die große Wehrvorlage ist nicht im Kriegsministerium entstanden, sondern sie ist den Anregungen des Generalstabs entsprungen. Wie wäre es sonst möglich gewesen, daß noch im Herbst 1912 nach den Angaben des Kriegsministers die Vertreter einer ganzen Anzahl größerer Zeitungen ins Kriegsministerium gerufen und dort gebeten wurden, nicht neue Forderungen für eine neue Armeevorlage aufzustellen. Man wußte in parlamentarischen Kreisen, daß seit dem Herbst die Stellung v. Heeringens noch mehr erschüttert war als früher.“

Die Ursachen, die den Generalfeldmarschall von der Goltz angeblich zum Rücktritt zwangen, plaudert ein Mitarbeiter der „Berliner Volkszeitung“ aus. Er schreibt:

„Generalfeldmarschall v. d. Goltz ging, wie Minister gehen, nämlich sechs Monate später, als ihr Rücktritt an der maßgebendsten Stelle beschlossene Sache wird. Damit das „Volk“ es nicht so merken soll, damit die öffentliche Meinung über die eigentlichen Gründe nicht allzu sehr im klaren ist. . . .“ Der Verfasser setzt in dem Artikel dann auseinander, das Scheiden des Generalfeldmarschalls habe drei Gründe gehabt. Der erste Grund sei gewesen, daß seine während des Tripolisfeldzuges erschienenen allzu türkenfreundlichen Artikel in Italien sehr starke Mißstimmung erregten, da das Deutsche Reich strikteste Neutralität in dem italienisch-türkischen Krieg erklärt hatte. Die Veröffentlichungen des Freiherrn waren dem Berliner Auswärtigen Amte sehr peinlich und er erhielt damals von oben einen Wink, seine literarische Tätigkeit, soweit sie sich auf den Tripolisfeldzug erstreckte, einzustellen. Der zweite Grund des Rücktritts soll in den Ratschlägen gelegen haben, die v. d. Goltz der deutschen Regierung über das türkische Problem überhaupt und über einen etwaigen Balkankrieg gegeben hat, über einen Krieg, bei dessen Ausbruch die Regierung, wie bekannt, aufs höchste überrascht war. Der Verfasser schreibt hierüber: „Der Einfluß des Freiherrn hat sich jahrelang bis in die höchsten Kreise der amtlichen Stellen in Deutschland, bis hinauf ins Auswärtige Amt und ins Kaiserschloß erstreckt. In stundenlangen Konferenzen mit dem Fürsten Bülow, mit Herrn von Bethmann-Hollweg und dem Kaiser hat Freiherr v. d. Goltz immer wieder die Zukunft der Türkei in so leuchtenden Farben dargestellt, daß man sie zum Angelpunkt der auswärtigen Politik Deutschlands machte. Man hielt es in Berlin für unmöglich, daß die Türkei so zusammenbrechen könnte, wie es jetzt geschehen ist. Und entstanden einmal Zweifel und Bedenken, so war es immer wieder der Generalfeldmarschall, der, als beste Autorität in türkischen Dingen angesehen, den leitenden deutschen Kreisen zu neuem Glauben an das Goldene Horn verhalf. Noch am 28. Oktober 1912 erklärte von der Goltz im Hotel Marquardt zu Stuttgart auf alle bangen Fragen: „Man kann beruhigt sein. Der kranke Mann ist nicht so krank. Der türkische Löwe wird jetzt erst seine Krallen zeigen.“ Der dritte und letzte Grund, den der Mitarbeiter der „Volkszeitung“ für den Rücktritt des Generalfeldmarschalls angibt, ist der interessanteste. Er schreibt: „Nun kam der Zusammenbruch der Türkei. Man gestattete dem Freiherrn gern, sich persönlich zu rechtfertigen; aber man stand doch im Auswärtigen Amt vor einem zusammengebrochenen Programm, das man auf der Autorität des Generalfeldmarschalls aufgebaut hatte. Und nun rieten auch ernstmeinende Freunde dem Freiherrn, sich bei der Ungunst der Zeiten von der öffentlichen Politik zurückzuziehen. v. d. Goltz tat es nicht, sondern rief durch seine publizistische Propaganda die Jung-Deutschland-Bewegung ins Leben. Und dies führte, so merkwürdig es klingen mag, zum letzten und durchschlagenden Grund seines Sturzes. So lebhaften Dank ihm für die Pfadfinderpolitik die weitesten Kreise (?) Deutschlands zollten, so energisch wurde auch der Widerstand, der offene und heimliche Kampf gegen diese neueste Lebensaufgabe des Freiherrn. Und noch merkwürdiger: unter seine Feinde gingen auch einige deutsche Kultusminister, die im Streite um die Jugend von den strengen Pädagogen gegen die „Kriegspartei“ scharf gemacht wurden.“

Wenn besonders die letzteren Ausführungen des Mitarbeiters der „Volkszeitung“ den Tatsachen entsprechen, so dürften in der weiteren Entwickelung der Jugendwehr, der Pfadfinder usw. noch manche interessante Einzelheiten zutage treten.

Rußland und der neue Balkankrieg.

Die neuen kriegerischen Konflikte auf der Balkanhalbinsel, wo an Stelle des Kampfes des „Kreuzes gegen den Halbmond“ der Zerfleischungskampf der gestrigen Verbündeten untereinander getreten ist, beanspruchen von zwei Gesichtspunkten aus ein besonderes Interesse. Einmal decken sie die inneren Gegensätze unter den verbündeten Balkanstaaten auf, und zeigen in eindringlicher Weise, daß der angebliche Befreiungskrieg der Balkannationen nicht die wirtschaftliche und politische Emanzipation der Völkerschaften auf dem Balkan, sondern die territorialen Raubgelüste der Dynastien und das nackte Profitinteresse der herrschenden Cliquen zu befriedigen suchte. Dann aber lassen die neuesten kriegerischen Ereignisse in veränderter Gestalt auch den latenten Gegensatz zwischen Rußland und Österreich hervortreten, die in ihrem Ringen um die Vorherrschaft im Südosten Europas die neueste Phase der Balkankrise mit heraufbeschworen haben.

Ein kurzer Rückblick auf den Beginn des Balkankrieges bestätigt dies zur Genüge. Damals, vor dem unerwarteten Vorgehen der verbündeten Balkanstaaten gegen die Türkei, war es Österreich, daß von den Ereignissen überrascht wurde. In aller Stille hatte die russische Diplomatie im März 1912 den Balkanbund zustande gebracht, den sie als Werkzeug ihrer Machtpolitik gegen die Türkei ins Feld führte. Österreich sah sich nicht nur um das Ziel seiner imperialistischen Träume, um Saloniki betrogen, sondern erkannte auch, daß die bisher gegen Serbien geübte Erdrosselungspolitik ein Ende nehmen mußte. Im Verein mit Italien setzte die österreichische Diplomatie es durch, daß ein autonomes Albanien gegründet, und Serbien der Zugang zum adriatischen Meer verlegt wurde. Die Folge hiervon war, daß Serbien sich mit verdoppelter Wucht nach dem Osten hin kehrte und den Ausgang zum ägäischen Meer zu gewinnen suchte. Dadurch kam es in Konflikt mit Bulgarien, dem der Bündnisvertrag den größeren Teil Mazedoniens zusicherte. Der dritte Verbündete, Griechenland, schloß sich Serbien an, denn einerseits war es wegen des Besitzes von Saloniki mit Bulgarien in Konflikt geraten, und andererseits strebte es eine direkte Grenze mit Serbien und die Okkupation eines größeren Teiles von Südmazedonien an, um gemeinsam mit Serbien der Machterweiterung Bulgariens ein Paroli bieten zu können. Dem Protektor des Balkanbundes, Rußland, war dieser Streit um die Beute natürlich sehr unangenehm, da er ihn um die Früchte seiner panslavistischen Prestigepolitik zu bringen drohte. Aber auch hier wurde die Stellung der russischen Diplomatie von einander zuwiderlaufenden Momenten bestimmt. Sie fürchtete eine zu große Machterweiterung Bulgariens, dem sie, im Interesse ihrer Meerengen-Politik, den Zugang zu Konstantinopel, versperrt hatte, und förderte offenkundig die Aspirationen Serbiens, das, von Österreich bedroht, sich ihren Wünschen und Befehlen gegenüber stets gefügiger zeigte. Andererseits jedoch fürchtete die russische Politik eine zu weitgehende Befürwortung der serbischen Appetite, um Bulgarien nicht Österreich in die Arme zu treiben. Dieses Schwanken der russischen Diplomatie zwischen Serbien und Bulgarien, wie auch ihr gleichzeitiges Liebäugeln mit Rumänien hat schließlich in außerordentlichem Maße den Ausbruch des neuen Balkankrieges gefördert. Vergebens versuchte Nikolaus II., der

Müllerliebe.

Roman von George Sand.
Deutsch von Heinrich Hesse.

(24. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Ja, wirklich eine schöne Gastfreundschaft!“ sagte der Müller. „Lassen Sie uns ein wenig davon sprechen. Es ist nämlich Ihre eigene Schuld, wenn Sie nur Brot und Wasser annehmen wollten . . . Das hatte mir eine ein wenig schlechte Meinung von Ihnen aufgedrängt, noch dazu, wo Sie einen Kapuzinerbart tragen.

Immerhin haben Sie eben so wenig das Aussehen eines Jesuiten wie ich, und wenn mein Gesicht Ihnen paßt, so ist mir das Ihrige gleichfalls recht . . . Und was den glücklichen Menschen anbetrifft . . . ich gebe Ihnen den Rat, nicht andere zu beneiden. Aber Sie wollen sich ja nur über mich lustig machen . . . .“

„Ich weiß nicht, was Sie damit sagen wollen. Haben Sie irgend ein Unglück erlitten, seitdem ich Sie nicht gesehen?“

„Ach, schon lange drückt mich ein Unglück . . . und wann wird es enden! Doch ich habe keine größere Lust, davon zu sprechen, als Sie, mich anzuhören, denn ich sehe nur zu gut, wie sehr auch Sie von Grillen geplagt sind. Aber werden Sie mir nicht eine Antwort geben für die Person, die Ihnen geschrieben? Wäre es auch nur die Bescheinigung, das ich meinen Auftrag gut ausgerichtet.“

„Sie kennen diese Person also?“ fragte Lemor, am ganzen Körper zitternd.

„Sieh nur einer an — Sie hätten nicht einmal daran gedacht, mich nach ihr zu fragen. Wo haben Sie denn nur Ihre Gedanken?“

Die wohlwollende, doch ein wenig hänselnde Miene des langen Ludwig fing an, Lemor zu beunruhigen. Er fürchtete Marcella bloßzustellen, obgleich das Gesicht dieses Bauern keineswegs Mißtrauen einflößte. Doch Heinrich glaubte eine gewisse Gleichgültigkeit an den Tag legen zu müssen.

„Ich selbst,“ sagte er, „kenne die Dame nicht näher, die mir die Ehre erwiesen, an mich zu schreiben. Da der Zufall mich neulich in die Gegend geführt, in der sie Güter besitzt, denkt sie, ich könnte ihr einige Auskünfte erteilen . . .“

„Machen Sie das andern weis,“ unterbrach ihn der Müller. „Sie weiß nicht im geringsten, daß Sie dort gewesen sind, und noch weniger, warum Sie dort umhergestreift. Und das ist es, was ich Sie nur zu sagen bitte, wenn Sie nicht wollen, daß ich es errate.“

„Darauf werde ich ein andermal antworten,“ sagte Lemor, ein wenig ungeduldig und mit ironischem Stolz. „Sie sind neugierig, Freund, und ich weiß nicht, inwiefern Sie in meinem Wesen etwas Heimliches sehen wollen.“

„Jawohl, etwas Heimliches, sage ich Ihnen, weil Sie ihr nicht mitgeteilt haben, daß Sie im Schwarzen Tal gewesen!“

Die Beharrlichkeit des Müllers brachte ihn in immer größere Verlegenheit — in der Furcht, in irgend eine Falle zu rennen oder eine Unklugheit zu begehen, suchte Heinrich seinem seltsamen Drängen zu entgehen.

„Ich weiß nicht, was Sie meinen,“ antwortete er achselzuckend. „Ich wiederhole meinen Dank. Wenn der Brief, den Sie mir übergeben, eine Antwort oder Empfangsbestätigung verlangt, so werde ich sie durch die Post senden. In einer Stunde reise ich nach Toulouse und habe keine Zeit, mich noch länger mit Ihnen aufzuhalten.“

„Ah, Sie reisen nach Toulouse . . .“ sagte der Müller, der seine Schritte verdoppelte, um ihm zu folgen. „Ich glaubte, Sie würden mit mir nach Blanchemont kommen.“

„Warum nach Blanchemont?“

„Weil es eine große Gefälligkeit von Ihnen sein würde, wenn Sie eine persönliche Aussprache mit ihr herbeiführten, als ihr in aller Eile einige Worte zu schreiben — falls Sie der Dame von Blanchemont wirklich geschäftliche Ratschläge zu erteilen haben, wie Sie behaupten. Sie ist eine Person, die es sehr wohl verdient, wenn man einen Abstecher von einigen Meilen macht, um ihr einen Dienst zu erweisen . . . ich, der ich nur ein Müller bin, würde für sie bis ans Ende der Welt gehen, wenn es sein müßte.“

Fast wider Willen von dem Ort unterrichtet, den Marcella augenblicklich als Zufluchtsort erwählt, konnte Lemor sich nicht entschließen, sich so plötzlich von einem Manne zu trennen, der sie kannte und der geneigt schien, von ihr zu sprechen. Der ihm soeben gemachte Vorschlag, nach Blanchemont zu gehen, ließ die Augen des scheinbar unempfindlichen, doch von tiefer Leidenschaft durchwühlten jungen Mannes aufleuchten. Von heißen Wünschen und sich widersprechenden Entschlüssen bewegt, ließ sein Antlitz die Verwirrung erkennen, die er in seiner Seele einzuschließen glaubte — und der durchdringende Blick des Müllers täuschte sich darüber nicht.

„Wenn ich wüßte, daß mündliche Erklärungen nötig wären. . .!“ sagte Lemor endlich. „Aber wirklich . . . ich glaube nicht . . . die Dame deutet nichts derartiges an . . .“

„Ja,“ antwortet der Müller in spöttischem Tone, „die Dame glaubte Sie in Paris, und um einiger Worte willen läßt man keinen Menschen so weit herkommen. Aber hätte sie Sie so nahe gewußt, so würde sie mir vielleicht befohlen haben, Sie mitzubringen.“

„Nein, Herr Müller, Sie irren sich,“ sagte Heinrich, entsetzt von Ludwigs Scharfsinn. „Die Fragen, mit denen man mich beehrt, sind nicht von so großer Wichtigkeit. Kurz und gut — ich werde schriftlich antworten.“

Und indem er bei diesem Entschluß verharrte, wollte Heinrich das Herz brechen. Denn obgleich er sich Marcellas Befehlen unterworfen, hatte der Gedanke, sie noch einmal wiederzusehen, bevor er sich für ein ganzes Jahr entfernte, sein ganzes Innere in Aufregung versetzt. Doch dieser verwünschte Müller mit seinen Erklärungen konnte aus Bosheit oder aus Leichtfertigkeit seine Schritte für die junge Witwe kompromittierend machen — und Lemor mußte verzichten . . .

„Tun Sie, was Sie nicht lassen können“, sagte der Müller, ein wenig gereizt von seiner Zurückhaltung, „aber da sie zweifellos einige Fragen an mich richten wird über Ihr Benehmen, werde ich ihr sagen müssen, der Gedanke, sie zu besuchen, sei Ihnen keineswegs angenehm gewesen . . .“

„Was ihr sicherlich großen Kummer bereiten wird?“ rief Lemor aus, mit einem gezwungenen Lächeln.

„Ja, ja, Kamerad . . . verstellen Sie sich noch so gut: Ihr Lachen ist nicht ehrlich!“ entgegnete der Müller.

„Herr Müller“, erwiderte Lemor, der die Geduld verlor, „soweit ich Sie verstehen kann, beginnen Ihre Andeutungen ziemlich deplaciert zu werden. Ich weiß nicht, ob Sie der in Rede stehenden Person so ergeben sind, wie Sie behaupten. Doch es scheint mir nicht, als sprächen Sie von ihr mit dem gleichen Respekt, wie ich, der ich sie kaum kenne.“

„Sie werden böse? Das Ding ist gut . . . . Sie werden noch offenherziger, und das ärgert mich noch weniger als Ihre Spötteleien — jetzt weiß ich wenigstens, woran ich mit Ihnen bin!“

„Das ist zuviel!“ rief Lemor aufgebracht. „Es kommt einer persönlichen Provokation gleich. Ich weiß nicht, was für närrische Ideen Sie mir zuschreiben wollen, aber ich erkläre Ihnen, daß ich dieses Spiel satt habe und Ihre Unverschämtheiten nicht länger dulden werde!“

„Sie sind noch immer böse?“ fragte Ludwig in größter Ruhe. „Um eine Antwort bin ich nicht verlegen. Ich bin weit stärker als Sie. Doch ohne Zweifel gibt es für Sie eine Ehre und kennen Sie das Stockfechten. Uebrigens heißt es, Sie Pariser verständen den Stock zu handhaben wie Professoren. Wir aber kennen die Theorie nicht, wir haben nur die Praxis. Wahrscheinlich sind Sie geschickter als ich. Ich aber werde ein wenig derber zuschlagen, und so wird sich alles ausgleichen. Gehen wir hinter den alten Wall, wenn Sie wollen, oder auch in das Café des Vaters Robichon. Er hat einen kleinen Hof-

die Fäden der Balkanereignisse seinen Händen entgleiten sah, dem Streit zwischen Serbien und Bulgarien durch sein befehlshaberisches Telegramm an den König von Serbien und den Zaren von Bulgarien Einhalt zu gebieten. Sein Eingreifen, das an das Vorgehen Alexanders III. gegen den Battenberger im Jahre 1886 erinnerte, weckte vielmehr das Selbstbewußtsein der erstarkten Balkanstaaten und besiegelte die empfindliche Niederlage der russischen Diplomatie.

Mit dem Ausbruch der kriegerischen Feindseligkeiten zwischen den Balkanstaaten ist natürlich das Schicksal des Balkanbundes von 1912 besiegelt. Eine Schöpfung der zarischen Diplomatie, durchkreuzt von den Sonderinteressen der Dynastien und Regierungen, vermochte der Balkanbund nur den morschen türkischen Staat zu besiegen, erwies sich aber schon am Tage nach seinem Siege außerstande, die Interessen der Völkerschaften auf dem Balkan zu befriedigen. Er konnte es schon deshalb nicht, weil der Hauptzweck des Krieges, die Eroberung und Aufteilung Mazedoniens, gleichbedeutend ist mit der Zerfleischung dieses Landes, mit der Vernichtung seiner Bevölkerung, die angeblich aus dem türkischen Joch befreit werden sollte. Ein so unverdächtiger Zeuge wie der panslavistische russische Liberale, Professor Miljukow, schilderte in seinen Artikeln in der „Rjetsch", wie in seiner jüngsten Rede anläßlich der Debatte über auswärtige Politik in der Duma, welche entsetzlichen Gewalttaten die Armeen der verbündeten Balkanstaaten in Mazedonien verübt haben, um die Herrschaft über die besetzten Landesteile an sich zu reißen. Weit entschiedener äußerte sich die mazedonische Kolonie in Petersburg in ihrem Memorandum an Sir Edward Grey: „Nach der Aufteilung Polens — heißt es in diesem flammenden Protest — ist die Aufteilung Mazedoniens unter unsere slavischen Brüder ein Akt der Unmenschlichkeit, eine grobe Vergewaltigung der Menschenrechte, eine Schmach und eine Schande für das ganze Slaventum. An die Stelle der türkischen Sklaverei ist nun die christliche Sklaverei getreten!" Als echter Liberaler erklärt nun Professor Miljukow, und mit ihm das gesamte liberale Bürgertum in Rußland diese Sklaverei der Mazedonier als traurige Notwendigkeit, ohne die die „Befreiung" Mazedoniens überhaupt nicht möglich gewesen wäre. Diese Stellung des russischen Bürgertums zu dem Kernpunkt der Balkanfrage beleuchtet grell die ganze politische Situation. Die russische Bourgeoisie kümmert sich ebenso wenig wie die serbische, bulgarische und griechische Bourgeoisie um das Schicksal der „befreiten" Völkerschaften in Mazedonien. Während die herrschenden Klassen der genannten Balkanstaaten die Nationalitätenfrage in den eroberten Provinzen durch Feuer und Schwert zu lösen suchen, und bei der Teilung der Beute vor den blutigsten Kämpfen untereinander nicht zurückschrecken, sind die bürgerlichen Parteien in Rußland nur darüber besorgt, daß die Intreessen der russischen Politik am Balkan durch die jüngsten Komplikationen nicht beeinträchtigt werden. Mit allem Nachdruck geißelte der Redner der sozialdemokratischen Fraktion, Genosse Tschenkeli diese heuchlerische, hinterhältige Politik des offiziellen Rußlands und des ihm verbündeten Liberalismus, und stellte die Forderungen der russischen Arbeiterklasse auf: „Ein freies autonomes Mazedonien! Selbstbestimmung der mazedonischen Bevölkerung über ihre politische Zukunft!"

Aus der Partei.

Friedrich Zietzsch gestorben. Die Montagsausgabe des „Vorwärts" bringt uns die Trauerkunde, daß Genosse Friedrich Zietzsch am Sonntag vormittag nach kurzem Leiden gestorben ist, und widmet ihm folgenden Nachruf: Genosse Zietzsch ist am 23. April 1877 in Berlin geboren, aber so kurz dieses Leben war, so reich ist es an nie erlahmendem Streben und unermüdlicher Arbeit im Dienste der Arbeiterklasse gewesen. Genosse Zietzsch war Porzellanarbeiter und als solcher hat er in jungen Jahren ein gut Stück Welt gesehen; in der Schweiz, in Wien und Paris hat er sein Handwerk geübt. Nach Deutschland zurückgekehrt, errang er sich rasch die ehrende Anerkennung seiner Kollegen sowohl in der Gewerkschaft als auch in der Partei. Bald beriefen sie ihn in führende Stellungen. 1900 bis 1903 war Genosse Zietzsch Redakteur im „Saalfelder Volksblatt" und schon mit 25 Jahren wurde er 1902 Landtagsabgeordneter in Sachsen-Meiningen. Von 1903 an war er wieder in Berlin tätig und leitete die „Ameise", das Organ des Verbandes der Porzellanarbeiter. Er war auch internationaler Gewerkschaftssekretär und nahm als solcher an den Kongressen seiner Berufskollegen in Frankreich und England teil. 1908 wurde er zum Stadtverordneten in Charlottenburg und 1909 bei der Nachwahl in Koburg in den Reichstag gewählt, doch konnte das Mandat bei der letzten Wahl nicht behauptet werden. Genosse Zietzsch blieb aber von nun an mit der parlamentarischen Arbeit innig verbunden, denn am 1. Juli 1912 betraute die Reichstagsfraktion ihren früheren Kollegen mit dem wichtigen und verantwortlichen Posten eines Sekretärs, und Genosse Zietzsch hat die Erwartungen, die man in ihn setzte, auch in dieser Stellung voll erfüllt. In ihm lebte das sozialistische Ideal, und er hat diesem Ideal treu und unermüdlich gedient. Er war ein prächtiger Repräsentant jener Arbeiter, die sozialistische Ueberzeugung anspornt, unaufhörlich an sich selbst zu arbeiten, immer wieder zu lernen, um immer besser kämpfen zu können. Neben seiner ausgebreiteten agitatorischen und organisatorischen Tätigkeit arbeitete Genosse Zietzsch auch schriftstellerisch und wir verlieren in ihm einen tüchtigen Mitarbeiter, dessen Beiträge stets wertvollen Inhalt boten. Nun hat ein tückisches Geschick diesen jungen und doch schon so erfahrenen Kämpfer aus unseren Reihen gerissen. Eine Frau und vier kleine Kinder trauern an diesem Sarge und mit ihnen die deutsche Arbeiterschaft, die ihrem treuen Sohne stets ein ehrendes Andenken bewahren wird.

Frauen im amerikanischen Regierungsdienst.

Aus Neuyork wird uns geschrieben:

Nahezu hunderttausend Frauen stehen zurzeit im Dienste der amerikanischen Bundesregierung. Ungefähr fünfzehntausend hiervon bekleiden Stellungen, die ihnen durch das Zivildienst-Gesetz garantiert werden, und die sie nach Bestehen rigoroser Prüfungen erlangten. Die meisten der anderen weiblichen Regierungs-Angestellten sind Postmeisterinnen kleiner Orte, mit einem Einkommen von weniger als 1000 Dollar.

Das Handels- und Arbeits-Ministerium läßt Untersuchungen über die Arbeitsverhältnisse in den Gewerben, in denen Frauen- und Kinderarbeit vorwiegt, durch weibliche Fachkräfte besorgen, und die Gesetzgeber, Soziologen und Politiker verdanken diesen Frauen manche sehr wertvolle Berichte über die Lage der arbeitenden Frauen und jugendlichen Personen in Läden und Werkstätten. Eine besonders wichtige Rolle spielen die Frauen, wie im amerikanischen Schulwesen überhaupt, so auch in den der Jurisdiktion Onkel Sams direkt unterstehenden Bildungs-Institutionen. Der Bundes-Regierung in Washington unterstehen die öffentlichen Schulen Portoricos, Alaskas, der Panama-Kanalzone und der Philippinen, sowie das ganze indianische Schulwesen, und in diesen Schulen stellen die Frauen den größeren Teil der Lehrkräfte. In allen diesen Fällen erfordert der Zutritt zum Lehramt außer der allgemeinen pädagogischen Vorbildung den Nachweis spezifischer Befähigungen. In dem Regierungszweige, der sich mit den Indianer-Angelegenheiten beschäftigt — dem „Indianer-Departement" — haben sich die Frauen seit jeher ausgezeichnet, und ihnen ist es im wesentlichen zu danken, daß geschulte Indianerinnen in wachsendem Maße herangezogen werden, und zwar mit dem besten Erfolge. In den Bureaus des Indianer-Departements zu Washington wird der Posten eines „Adjustators" von der Tochter eines Indianer-Häuptlings ausgefüllt, die in dieser Eigenschaft gewisse materielle Rechtsansprüche ihrer Stammesgenossen zu regeln hat. In der Kanalzone war es eine Frau, die, als seinerzeit die „social conditions" (Quartier- und Verpflegungsverhältnisse) beinahe zu einer allgemeinen Arbeitsniederlegung führten, diese Verhältnisse im Regierungsauftrage in bewunderungswürdiger Weise reorganisierte. Zahlreiche Frauen arbeiten in den Bureaus des Schatzamtes, darunter manche in besonders verantwortlichen Stellungen. Das Landwirtschafts-Ministerium beschäftigt wissenschaftliche Hilfsarbeiterinnen, deren manche mit bedeutungsvollen Spezialuntersuchungen betraut sind. Vor kurzem wurde erst bekannt, daß zwei biologische Hilfsarbeiterinnen im „Bureau für Pflanzenzucht" Entdeckungen auf dem Gebiet der Krebswucherungen im Pflanzenreiche gemacht hätten, die nach dem Urteile gelehrter Fachleute von wichtiger Tragweite für die Erkenntnis und Behandlung menschlicher Krebsleiden sein sollen. Erwähnenswert ist noch, daß ein großer Teil der publizistischen Regierungsarbeit durch Frauen verrichtet wird. Verschiedene der speziellen Census-Berichte der letzten Jahrzehnte, insbesondere solche, die sich auf die weiblichen und jugendlichen Census-Objekte, sowie auf häusliche Verhältnisse beziehen, enthalten wertvolle deskriptive Beiträge eigens hierzu herangezogener Frauen.

Ueber die Leistungen der Frauen im Regierungsdienste, speziell der in den höheren und verantwortungsvolleren Stellungen befindlichen Beamtinnen, herrscht bei den leitenden Männern nur eine Stimme des Lobes. Was die Frauen in den minder hoch besoldeten Posten betrifft, so gibt es unter den zuständigen Beurteilern Leute, die ihr Lob bezeichnenderweise insofern einschränken, als sie behaupten, daß die Frauen sich gern sträuben, Ueberzeitarbeit zu verrichten oder ihre eigene Initiative den „Interessen des Dienstes", wie sie durch die vorgesetzten Stellen aufgefaßt werden, unterzuordnen. In jedem Falle ist der amerikanische Regierungsdienst, soweit er von Frauen besorgt wird, bisher völlig frei geblieben von Korruption und Favoritismus, die sonst das amerikanische Verwaltungswesen von oben bis unten durchseuchten.

Die gefüllte Kompottschüssel der Landarbeiter.

Seit Jahren faseln Junker und agrarische Blätter von den „hohen Löhnen" der Landarbeiter. Immer wieder erzählen sie die Märchen, der Landarbeiter erfreue sich günstiger Erwerbsverhältnisse, und es sei nur die „Vergnügungssucht", die ihn in die Großstädte und Industriebezirke locke. Es ist daher nötig, an der Hand von Tatsachen den Herren immer wieder entgegen zu halten, wie erbärmlich schlecht die Landarbeiter bezahlt werden.

Im Kreise Wehlau hat ein im besten Alter stehender Landarbeiter bei einem Gutsbesitzer von 14 Hufen Land an Jahreseinkommen:

Barlohn			120 Mk.
180 Ruten Kartoffelland	à 0,30 Mk.	=	54 „
25 Scheffel Roggen	„ 6,— „	=	150 „
4 Scheffel Gerste	„ 5,— „	=	20 „
2 „ Erbsen	„ 8,— „	=	16 „
6 „ Futtergetreide	„ 4,50 „	=	27 „
6 „ Hafer	„ 4,00 „	=	24 „
Futter für eine Kuh im Winter, zwei Fuder Heu à 30 Mk.		=	60 „
Im Sommer Weide		=	45 „
Wohnung gerechnet		=	30 „
Holzgeld		=	30 „
		Insgesamt	576 Mk.

Das ist der Gesamtjahresverdienst eines ostpreußischen Landarbeiters. Dem Großstädter mag vielleicht die Wohnungsmiete zu niedrig vorkommen, aber der Landarbeiter haust in einer Bude, die aus Lehm und Brettern hergestellt, mit Stroh notdürftig gedeckt ist und keinen Holzfußboden hat. Im Hausflur und in der Stube kann man sich auf dem Ziegelfußboden die Beine brechen; der Kochherd ist nicht in Ordnung. Durch das Strohdach regnet es durch und der Regen ruiniert die paar Habseligkeiten des Landarbeiters. Rechnet man, daß im Durchschnitt die tägliche Arbeitszeit 12 Stunden beträgt (im Sommer dauert sie bis zu 16 Stunden, im Winter ist sie kürzer), so kommt, wenn man 305 Arbeitstage in Anrechnung bringt, ein täglicher Verdienst von 1,90 Mark und ein Stundenlohn von nahezu 16 Pfennigen heraus. Für 16 Pfennig pro Stunde muß der Landarbeiter die schwere Arbeit verrichten. Er stellt aber auch noch einen Sohn, der bereits vom Militär zurückgekommen ist und ein Gespann Pferde übernommen hat. Dieser erhält an Lohn:

im Sommerhalbjahr pro Arbeitstag 0,70 Mk.	108,50 Mk.
im Winterhalbjahr pro Arbeitstag 0,40 Mk.	60,— „
6 Scheffel Roggen a 6 Mk.	36,— „
2 „ Gerste a 5 „	10,— „
1 „ Erbsen a 8 „	8,— „
5 „ Hafer a 4 „	20,— „
40 Ruten Kartoffelland a 0,30 Mk.	12,— „
für das Besorgen der Pferde am Abend, pro Monat 3 Mk.	36,— „
insgesamt	290,50 „

Dieser erwachsene kräftige Arbeiter erhält also alles in allem einen durchschnittlichen Tagelohn von 95 Pfennigen, und rechnet man auch mit einer zwölfstün-

---

in dem man sich ohne Zeugen erklären kann, denn es ist keine Gefahr vorhanden, daß er die Polizei hole — dafür hat er viel zu viel Lebensart."

„Nun", sagte sich Lemor, „ich wollte Arbeiter sein, und die Gesetze der Ehre sind bei dem Stock ebenso streng, als bei dem Degen. Ich kenne die barbarische Kunst nicht, meinesgleichen weder mit der einen noch mit der anderen Waffe zu töten. Allein, wenn dieser Herkules sich das Vergnügen machen will, mich totzuschlagen, werde ich ihn nicht hindern, indem ich ihm vernünftig zurede. Es wird übrigens das einzige Mittel sein, mir seine Fragen vom Leibe zu halten, und ich sehe nicht ein, warum ich mehr Geduld haben sollte, als ein Edelmann."

Der großmütige und friedliche Müller aber fühlte nicht die geringste Lust, Streit mit Heinrich zu suchen, wie dieser vermutete, da er das Interesse nicht ahnen konnte, das der Müller wirklich für die Baronin und folglich auch für ihn hegte. Doch dies Gefühl vermischte sich mit Mißtrauen, von dem Ludwig sich durch eine aufrichtige Aussprache hätte befreien mögen. Da ihm dies nicht vergönnt war, glaubte er sich auch seinerseits provoziert, und indem sie den Weg nach dem Café Robichon einschlugen, redete sich jeder der beiden Gegner ein, er sei gezwungen, der streitlustigen Stimmung des anderen zu antworten.

Von einer nahen Kirche schlug es 6 Uhr, als sie im Café Robichon anlangten. Es war ein kleines Häuschen, das einen pompösen Namen trug, wie man ihn in den bescheidensten Schenken der entlegensten Provinz findet: Café der Renaissance. Man gelangte zu dem Hause durch eine schmale, mit jungen Akazien und prächtigen Dahlien bepflanzte Allee. Der kleine Hof stieß an die Mauer der gothischen Kirche, an dieser Stelle bekleidet mit Efeu und kletternden Rosen. Lauben von Geisblatt und wildem Wein hielten die Blicke der Nachbarn fern und durchduften die frische Morgenluft. Dieser blühende Schlupfwinkel, der jetzt noch mit seinem sauberen Sande verlassen dalag, schien eher zu einem Stelldichein Verliebter bestimmt zu sein, als zum Schauplatz tragischer Szenen.

Indem Ludwig Lemor in diesen Hof führte, schloß er die Tür hinter sich zu und setzte sich dann an ein kleines, grüngestrichenes Tischchen.

„Ah . . ." sagte er, „sind wir denn hergekommen, um uns mit Schlägen, oder mit Kaffee zu traktieren?"

„Ganz wie es Ihnen gefällt," antwortete Lemor. „Wenn Sie wollen, schlage ich mich mit Ihnen, aber Kaffee trinke ich nicht."

„Daran sind Sie einfach zu stolz!" sagte Ludwig achselzuckend. „Wenn man von einer Baronin Briefe erhält . . ."

„Sie fangen wieder von vorne an? . . . Lassen Sie mich jetzt gehen, oder schlagen wir uns sofort!"

„Ich kann mich nicht mit Ihnen schlagen," antwortete der Müller. „Sie brauchen mich nur anzusehen, glaube ich, um zu sehen, daß ich keine Streitsucht bin. Und so schlage ich auch die Partie aus, die Sie in Vorschlag bringen. Frau von Blanchemont würde es mir nie verzeihen, und das würde meine ganzen Hoffnungen zuschanden machen."

„Was das anbelangt . . . wenn Sie denken, daß die Frau von Blanchemont Sie tadelt, streitsüchtig zu sein, so sind Sie ja nicht gezwungen, ihr zu sagen, daß Sie Händel mit mir gesucht haben."

„Ah . . . bin ich es denn, der Händel gesucht? Wer hat zuerst davon gesprochen, sich zu schlagen?"

„Wie mir scheint, sind Sie es allein, der davon gesprochen. Aber gleichviel — ich nehme den Vorschlag an!"

„Aber wer hat den anderen angegriffen? Ich habe mich anständig benommen, und Sie behandelten mich wie einen unverschämten Menschen."

„Ihre Art und Weise, meine Worte zu deuten, war unhöflich. Ich habe Ihnen bedeutet, mich in Frieden zu lassen."

„Jawohl, Sie haben mir befohlen, zu schweigen! Und wenn ich . . . wenn ich nicht wollte, wie . . .?"

„Ich werde Ihnen den Rücken zuwenden, und wenn Sie das schlecht finden, schlagen wir uns."

„Dieser Bursche ist halsstarrig wie ein Teufel!" schrie Ludwig, indem er mit seiner breiten Faust auf den kleinen Tisch schlug, daß er sich in der Mitte spaltete. „Nun ja, mein Herr aus Paris, Sie sehen, eine wie schwere Hand ich habe! Ihr Stolz erweckt in mir die Lust, zu sehen, ob Ihr Kopf ebenso hart ist, wie diese eichene Platte, denn es gibt nichts Beschimpfenderes in der Welt, als einem Mann zu sagen: Ich will Sie nicht anhören! Und doch darf ich — kann ich kein Haar dieses harten Kopfes krümmen. Hören Sie also, denn wir müssen zu Ende kommen. Ich stehe Ihnen nach wie vor wohlwollend gegenüber, und ganz besonders jener Dame, für die ich mir Arme und Beine brechen ließe, und die sich, dessen bin ich sicher, für Sie interessiert. Wir müssen uns aussprechen. Doch ich stelle Ihnen keine Fragen mehr, denn es ist verlorene Mühe, aber ich werde Ihnen alles sagen, was ich für oder wider Sie auf dem Herzen habe, und wenn ich fertig bin, und es Ihnen nicht paßt, werden wir uns schlagen. Und wenn das, was ich bei Ihnen vermute, wahr ist, werde ich es nicht bedauern, Ihnen die Kinnbacken einzuschlagen. Aber man muß sich doch verständigen, bevor man sich schlägt, und wissen, warum man es tut. Doch zuerst wollen wir eine Tasse Kaffee trinken, denn ich bin noch seit gestern nüchtern, und mein Magen knurrt. Wenn Sie ein zu vornehmer Herr sind, um mich die Zeche bezahlen zu lassen, so lassen Sie uns einig werden, daß der am wenigsten Vergnügte sie nachher zu begleichen hat."

„Gut," sagte Heinrich, der nicht mehr fürchtete, sich mit ihm aus Wohlwollen zu vergessen — er betrachtete sich als im Zustand der Feindseligkeit mit dem Müller.

Vater Robichon brachte den Kaffee selbst und erwies Ludwig allerlei Freundschaftsbezeugungen.

„Es ist also einer deiner Freunde?" fragte er, indem er Lemor mit der Neugier des wenig geschäftsgewandten Kleinstädters betrachtete. „Ich kenne ihn nicht, aber es ist gleich. Er muß gut sein, weil du ihn ja herbringst. Sehen Sie, Freund," fügte er, sich an Lemor wendend, hinzu, „Sie haben da beim Durchstreifen unserer Gegend eine gute Bekanntschaft gemacht. Sie konnten es gar nicht besser treffen. Der lange Ludwig wird von allen und jedem geachtet. Was mich anbelangt, so liebe ich ihn wie meinen Sohn. O, wie klug und anständig und sanft er ist . . . sanft wie ein Lamm, obgleich er weit und breit der größte Kraftmensch ist. Aber ich kann nur sagen, daß er nirgend irgendwelchen Skandal gemacht hat, daß er einem Kinde auch nicht einen Nasenstüber versetzt hat, und ich ihn in meinem Hause niemals habe laut reden hören. Und doch trifft er hier so viele Streithähne, aber überall stiftet er Frieden."

In einem Augenblick, wo der lange Ludwig einen Fremden in das Café Robichon führte, um einen Streit mit ihm zu schlichten, war dieses Lob seltsam angebracht — die beiden jungen Leute mußten lächeln.

XVII.

Doch diese Lobrede schien so aufrichtig, daß Lemor, der schon vorher eine große Sympathie für den Müller gefühlt, über sein sonderbares Benehmen in diesem Augenblick nachdachte und sich sagte, dieser Mensch müsse doch zwingende Beweggründe haben, ihn auszufragen. Sie tranken ihren Kaffee unter gegenseitigen Bezeigungen ausgesuchter Höflichkeit, und als Vater Robichon sie von seiner Gegenwart befreit hatte, begann der Müller:

„Mein Herr — ich muß Sie wohl so nennen, weil ich nicht weiß, ob wir Freunde oder Feinde sind — Sie müssen vor allem wissen, daß ich verliebt bin, und zwar in ein für mich viel zu reiches Mädchen, und das mich gerade so viel liebt, um mich nicht zu verabscheuen. Ich kann daher von ihr sprechen, ohne sie bloßzustellen. Und übrigens kennen Sie sie auch nicht . . . Immerhin spreche ich nicht gern von meinem Liebesverhältnis, denn es ist langweilig für andere, besonders wenn sie von derselben Grille geplagt wurden und — wie man es bei dieser Krankheit im allgemeinen beobachtet — egoistisch wie der Teufel sind und sich um sich selbst sorgen . . . doch um den Nächsten nicht im geringsten. Aber da man es zu nichts bringt, wenn man allem daran arbeitet, einen Berg zu versetzen, so bin ich der Meinung, daß man wenigstens etwas vollbringen würde, wenn man sich gegenseitig aus Freundschaft ein wenig beistände. Und darum hätte ich Ihr Vertrauen gern besitzen mögen, wie ich das jener Dame besitze, wie Sie ja wissen, und darum setze ich mein Vertrauen in Sie, ohne recht zu wissen, ob es auch angebracht sei.

(Fortsetzung folgt.)

digen Arbeitszeit (bei Pferdeknechten ist sie auch im Durchschnitt oft länger), so kommt ein Stundenlohn von sage und schreibe acht Pfennigen heraus. Und da versucht man in den Kasernen, die Reservisten zur Rückkehr aufs Land zu bewegen und wundert sich, wenn die Leute so gar keine Sehnsucht nach den ländlichen Gefilden haben. Auch die Frauen der Landarbeiter werden auf den Feldern des Gutsbesitzers beschäftigt. Sie erhalten bei zehnstündiger Arbeitszeit 60 Pfg. pro Tag, macht pro Stunde sechs Pfennige. Dafür müssen die Frauen im Sommer in glühender Hitze oder auch oft im Regen auf dem Felde schuften.

Der Landarbeiter wird durch solche Verhältnisse verelendet und aus seiner Heimat gejagt.

Aufklärung der Landarbeiter, Eintritt derselben in den „Deutschen Landarbeiterverband" und in die politischen Organisationen tut dringend not, um bessere Verhältnisse zu schaffen.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Generalversammlung der Maler setzte in namentlicher Abstimmung mit 77 gegen 26 Stimmen bei 11 Enthaltungen die Gehälter wie folgt fest: a) Erster Vorsitzender, erster Kassierer und Redakteur Anfangsgehalt 2800 Mk.; Höchstgehalt 3400 Mk. b) Die übrigen besoldeten Vorstandsmitglieder im Hauptbureau: Anfangsgehalt 2600 Mk.; Höchstgehalt 3200 Mark. c) Bezirksleiter: Anfangsgehalt 2400 Mk.; Höchstgehalt 3000 Mk. d) Ständige Hilfsarbeiter im Hauptbureau und Filialangestellte in folgenden Orten: Berlin, Bremen, Breslau, Chemnitz, Köln, Dresden, Düsseldorf, Essen, Frankfurt, Hamburg, Hannover, Kiel, Leipzig, Mannheim, München, Nürnberg, Stuttgart, Wiesbaden: Anfangsgehalt 2200 Mark; Höchstgehalt 2800 Mk. e) Filialangestellte in folgenden Orten: Beuthen, Braunschweig, Bremerhaven, Kassel, Danzig, Darmstadt, Duisburg, Dortmund, Elberfeld-Barmen, Gotha, Halle, Königsberg, Magdeburg, Mainz, Plauen, Stettin, Straßburg und Würzburg: Anfangsgehalt 2000 Mk.; Höchstgehalt 2600 Mk. f) Nichtständige Hilfsarbeiter im Hauptbureau: 10 Pfg. über den am Orte festgesetzten tariflichen Minimallohn. Die Anfangsgehälter steigen in den ersten vier Jahren um je 100 Mk., und in den weiteren vier Jahren um 50 Mk. Den bisherigen Angestellten des Verbandes werden vom 1. Juli 1913 zurückliegenden vollen Dienstjahre zur Hälfte in Anrechnung gebracht. Alle Angestellten erhalten vom ersten bis zehnten Dienstjahre zwei Wochen, von da an drei Wochen Ferien. Der neugeschaffene Beirat soll von den Mitgliedschaften der folgenden Städte gewählt werden: Berlin, Frankfurt a. M., Hamburg (Ersatzmann aus Kiel), Düsseldorf (Ersatzmann Dortmund), Dresden, Karlsruhe, Nürnberg. Die bisherigen Funktionäre wurden wiedergewählt.

Generalversammlung der Töpfer. Am sechsten Tage wurde bezüglich der Fliesenlegerfrage ein Antrag auf Gründung von Fliesenlegersektionen angenommen. Einstimmig angenommen wurde auch ein Antrag Magdeburg, nach dem der Vorstand mit dem Bauarbeiterverband in Unterhandlung treten und dahin wirken soll, daß die Mitglieder beider Organisationen bei Ausführung von Fliesenarbeit nicht unter dem am Orte bestehenden Fliesenlegertarif arbeiten dürfen. Am Statut wurden nur geringe Aenderungen vorgenommen. Die Werkstattarbeiter sollen künftig beim Bezuge von Arbeitslosenunterstützung nur eine Karenzzeit von sechs Tagen (bisher 13) durchzumachen haben. Die Streikunterstützung wurde in jeder Klasse um 2 Mk. erhöht. Bei außergewöhnlichen Kämpfen soll der Vorstand berechtigt sein, eine längere Karenzzeit festzusetzen. Die Beitragssätze bleiben die alten. Weibliche Mitglieder, Lehrlinge und jugendliche Arbeiter unter 17 Jahren sollen 25 Pfg. Wochenbeitrag zahlen und die halben Unterstützungssätze der untersten (50 Pfg.) Klasse, außer Wanderunterstützung, erhalten. Beschlossen wurde, einen Ausschuß einzusetzen, der die Streitigkeiten zwischen Vorstand und Filialen zu regeln hat. Die bisherigen Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt. Die nächste Tagung findet 1916 in Halle statt.

Zur Beachtung für alle Arbeiter, welche nach Frankreich zu reisen gedenken.

Wie alljährlich so machte sich auch in diesem Frühjahr ein ziemlich starker Zuzug deutschsprechender Arbeiter nach Frankreich und speziell nach Paris bemerkbar. Die nachfolgenden Zeilen sollen nun durchaus nicht bezwecken, alle Wanderlustigen abzuhalten, ihre Schritte hierher zu lenken. Nur auf einige Konsequenzen möchten wir an dieser Stelle aufmerksam machen, die nach unserer Beobachtung von vielen außer acht gelassen werden, welche Paris oder eine andere französische Stadt zu längerem oder kürzerem Aufenthalt aufsuchen.

1. Vor allem richte man es so ein, daß man nicht von allen Mitteln entblößt hier ankomme. Nur sehr wenige französische Syndikate haben eine Arbeitslosenunterstützung eingeführt und gewöhnlich tritt die Bezugsberechtigung erst nach sechsmonatiger bis einjähriger Mitgliedschaft ein, die für vorher schon Organisierte auf die Hälfte der vorbezeichneten Periode herabgesetzt ist. Wie leicht unter diesen Umständen Neuankommende in die schlimmste Notlage geraten können, ist wohl leicht einzusehen. Es gehört zu den größten Ausnahmen, daß ein Zureisender sofort oder doch in wenigen Tagen Arbeit und Verdienst findet. Gewöhnlich muß man mit einigen Wochen Arbeitslosigkeit rechnen. Wenn wir nun hinzufügen, daß man in Paris 25 Frank (1 Frank = 80 Pfg.) wöchentlicher Ausgaben pro Person annehmen muß, so kann sich jeder ausrechnen, welche Barmittel für seinen Aufenthalt hier nötig sind. Hinzugefügt sei, daß in der Provinz die entsprechenden Ziffern für Kost, Logis usw. nicht nennenswert geringer sind als in Paris.

2. Jeder Einwandernde sollte sich möglichst vorher schon einige Kenntnisse der französischen Sprache aneignen. Wohl existieren in Paris und auch in manchen Provinzstädten Werkstätten, in denen deutsch gesprochen wird, wo man also auch ohne französische Sprachkenntnisse durchkommt. Wie leicht erklärlich, herrscht jedoch für dieselben ein Überangebot von Arbeitskräften. Die letzten politischen Ereignisse und besonders eine seit zirka zwei Jahren systematisch betriebene Hetze der nationalistischen und Sensationspresse haben heute die Tür so mancher Werkstätte für den nur deutschsprechenden Ausländer gesperrt, selbst bei solchen Firmen, wo man früher betreffs der Nationalität ziemlich tolerant war. Für denjenigen, der sich französisch verständigen kann, fallen natürlich viele Schwierigkeiten, besonders wenn er in seinem Fache tüchtig ist. Diese soeben entwickelten Einschränkungen immer vorausgesetzt, stellt sich zurzeit die Lage in den einzelnen Berufen wie folgt:

Metallarbeiter: Konjunkur im allgemeinen nicht ungünstig. (Gürtler, Former, Elektriker haben jedoch immer große Schwierigkeiten, unterzukommen.)

Holzarbeiter: a) Für Möbeltischler nicht ungünstige Konjunktur. (Schwierig für Holzbildhauer und Lackierer.)

b) Bautischler, Zimmerleute usw. finden nur schwer Beschäftigung.

Lederarbeiter: a) Für Portefeuiller und Sattler wenig günstige Situation.

b) Für Schuhmacher bestehen ziemlich zahlreiche Möglichkeiten, Beschäftigung zu finden. Es herrscht jedoch Saisonarbeit. Für Fabrikarbeiter sind größere Schwierigkeiten vorhanden als für Handarbeiter.

Schlachter haben Aussicht, Beschäftigung zu finden, wenn sie gute Wurstmacher sind. Andernfalls ist entschieden abzuraten herzukommen, da die Verhältnisse hier total verschieden sind von den in Deutschland im eigentlichen Schlachterberuf üblichen.

Im Bauberufe ist es trotz der ziemlich günstigen Konjunktur fast unmöglich, Kollegen unterzubringen, wenn sich dieselben nicht schon einigermaßen geläufig in Französisch verständigen können. Dies gilt besonders für Maurer, Zimmerleute, Dachdecker, Glaser. Alle Bauberufe sind sehr spezialisiert.

Im Buchdruckergewerbe herrscht zurzeit eine recht große Arbeitslosigkeit.

An Gastwirtsgehilfen, Hotelangestellten herrscht ein reichliches Überangebot.

Handels- und Bureauangestellte haben derartig unter dem hier grassierenden Volontärunwesen zu leiden, daß man nicht anraten kann, hierherzukommen.

Textilarbeiter sollen sich nicht nach Paris wenden, wo sehr wenig Arbeitsaussichten vorhanden sind. Ob im Norden Frankreichs mit seiner starkentwickelten Textilindustrie die Arbeitsaussichten für deutschsprechende Arbeiter bessere sind, entzieht sich unserer Kenntnis, ist jedoch zu bezweifeln.

Die Glasindustrie ist in und um Paris recht stark vertreten und hat auch meist Bedarf an Arbeitskräften. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind jedoch schlechte. Selbst die einfachsten hygienischen Einrichtungen sind in den hiesigen Glasbläsereien fast unbekannt.

In der Konfektionsbranche sind in Paris zirka 60 bis 70 Proz. aller darin Beschäftigten Ausländer, darunter ein starker Prozentsatz deutschsprechender. Die Mehrzahl ist jedoch gezwungen, mit Eintritt der flauen Zeit Paris zu verlassen.

Für Brauer und Brauerei-Hilfsarbeiter sind in der Sommerzeit die Aussichten nicht schlecht. Da jedoch eine der größten hiesigen Brauereien gesperrt ist, so sind keinerlei Verpflichtungen einzugehen ohne die Zustimmung der hiesigen Brauergewerkschaft.

Daß Leute ohne bestimmten Beruf hier noch größeren Schwierigkeiten begegnen als Handwerker, braucht wohl nicht erwähnt zu werden.

3. In allen zweifelhaften Fällen ziehe man rechtzeitig (d. h. nicht erst einige Tage vor der Abreise) Erkundigungen ein, und zwar bei einer der folgenden Organisationen:

Deutsches Gewerkschaftskartell, Paris. 82 rue Notre Dame de Nazareth. Paris III me.

Deutscher Sozialdemokratischer Leseklub. 49 rue de Bretagne. Paris III me.

Die Beifügung des Rückportos ist erbeten. Anfragen, die voraussichtlich längere Recherchen erforderlich machen würden, wolle man unter Beifügung von 50 Pfg. in Briefmarken (50 Heller in Österreich, 50 Ctms. in der Schweiz) direkt an die Auskunftsstelle der deutschen sozialdemokratischen Vereine im Auslande" richten unter folgender Adresse: Mr. J. Schreyer, 11, Boulevard d'Enghien a Enghien-les-Bains. (Seine et Oise.) Frankreich.

4. Alle diejenigen, die sich nach reiflicher Überlegung entschließen, hierherzukommen, sollen nicht vergessen, daß sie auch im Auslande ihren Organisationspflichten nachzukommen haben.

Das Gewerkschaftskartell Paris bietet ihnen seine Vermittlung an für die Erledigung aller Aufnahmeformalitäten in den französischen Organisationen.

Auskünfte werden erteilt jeden Donnerstag abend von 8½—10 Uhr am Sitze des Kartells, 82 rue Notre Dame de Nazareth. An allen übrigen Abenden im Leseklub, 49 rue de Bretagne.

Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten!

Deutsches Gewerkschaftskartell, Paris.

Aus dem Gerichtssaal.

Tragödie eines lebensüberdrüssigen Soldaten! Einem bedauerlichen Schicksal verfallen ist der Gardist Höppner von der 2. Schwadron des Gardereiter-Regiments, der sich wegen vollendeten und versuchten tätlichen Angriffs gegen einen Vorgesetzten und eine militärische Wache mittels gefährlichen Werkzeugs, Ungehorsams, Achtungsverletzung, Beharrens im Ungehorsam und Beschädigung von Dienstgegenständen vor dem Dresdner Kriegsgericht verantworten mußte. Der im dritten Dienstjahre stehende Angeklagte hatte sich die ersten beiden Jahre gut geführt, dann aber zog er sich wegen Schlafens im Dienst einige Disziplinarstrafen zu, die schließlich dazu führten, daß ihm Urlaub und Nachtzeichen verweigert wurden. Nun beging er die Dummheit, ohne Urlaub mehrmals aus der Kaserne wegzubleiben; auch dieserhalb zog er sich einige Disziplinarstrafen zu und jetzt wurde ihm gedroht, daß er in die Arbeiterabteilung kommen werde. Dazu kam, daß er wegen der Disziplinarstrafen von Vorgesetzten und Kameraden nicht mehr geachtet wurde. Das alles wirkte so deprimierend auf Höppner ein, daß er des Lebens satt war und beschloß, Selbstmord zu begehen. Anfang Juni entfernte er sich von der Truppe, um den Selbstmordplan auszuführen; aber vorher wollte er noch von seinen Eltern und der Braut Abschied nehmen. Nach längeren Unterredungen sah er dann aber aus Liebe zu den Eltern und der Braut davon ab, Hand an sich zu legen, und kehrte zur Truppe zurück, wo er abermals eine Arreststrafe erhielt und in Verwahrungshaft genommen wurde; die Arbeiterabteilung war ihm auch jetzt wieder in Aussicht gestellt worden. Nun beging Höppner törichterweise Handlungen, die ihm eine furchtbare Strafe einbrachten. Um nicht in die Arbeiterabteilung zu kommen, beschloß er, den wilden Mann zu spielen und Tobsuchtsanfälle und Geisteskrankheit zu simulieren. Diesen Vorsatz setzte er auch sofort in die Tat um, indem er in der Zelle alles kurz und klein schlug. In der Rolle des wilden Mannes schlug Höppner, als er übermältigt werden sollte, mit Händen und Beinen um sich und machte sich damit des „tätlichen Angriffs gegen eine militärische Wache" schuldig. Der Angeklagte wurde dann gefesselt und in eine Nachbarzelle gebracht. Da man mit Rücksicht auf das Verhalten tatsächlich Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit Höppners hatte, wurde eine Untersuchung vorgenommen. Die Ärzte erklärten aber, daß Abnormitäten nicht vorliegen, Simulation vorhanden und Höppner völlig gesund sei. Nach diesem Vorgang, der sich früh in der fünften Stunde abspielte, war dann Höppner auch ganz ruhig und noch im Laufe des Vormittags nahm man ihm die Fesseln wieder ab. Gegen Mittag kam dann der Eskadronschef zu Höppner und befahl ihm, aufzustehen, wenn er mit ihm spreche. Der Angeklagte saß aber in Gedanken versunken in einer Ecke und reagierte gar nicht auf den Befehl. Der Aufforderung, mit in die Zelle nebenan zu kommen und sich den dort angerichteten Schaden anzusehen, kam Höppner nicht gleich nach, ließ auch mehrfache ausdrückliche Befehle, die Zelle aufzuräumen, unbefolgt, antwortete vielmehr: „Wie komme ich dazu, das aufzuräumen, ich bin es nicht gewesen!" Im Laufe des Nachmittags wurde Höppner dann in das Militär-Untersuchungsgefängnis eingeliefert. Vor Gericht war er in vollem Umfange geständig. Die vorangegangenen Umstände seien daran schuld, daß alles so gekommen sei; er habe nicht beabsichtigt, agressiv oder tätlich gegen den Unteroffizier und die Wache vorzugehen. In der Verhandlung gab der Rittmeister selbst an, daß er Höppner in der Zelle, als dieser nicht aufstand, einige Fußtritte versetzt habe. Das Gericht verurteilte den bedauernswerten Angeklagten unter Zubilligung mildernder Umstände zu einer Gesamtstrafe von zwei Jahren vier Monaten Gefängnis! Der Vertreter der Anklage hatte 3½ Jahre beantragt! Auch dieses Urteil — bei dem die Richter an die gesetzlichen Bestimmungen gebunden waren — zeugt deutlich, wie dringend nötig eine Reform des Militärstrafgesetzbuches ist.

Im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochen. Der Drogist Arthur Greve aus Neubrandenburg war 1908 wegen eines Sittlichkeitsverbrechens, begangen an der damals 13jährigen Tochter des Ökonomierats Kruse, zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Er verbüßte seine Strafe voll. Vor einiger Zeit hatte die Kruse, von Gewissensbissen gefoltert, eingestanden, daß sie den Greve fälschlich beschuldigt habe. Es wurde ein Wiederaufnahmeverfahren eingeleitet, in dem Greve nach achteinhalbstündiger Verhandlung freigesprochen wurde. Die Kruse, die angab, seinerzeit unter dem Zwange ihrer Erzieherin gehandelt zu haben, kann für die damalige uneidliche Aussage gerichtlich nicht zur Verantwortung gezogen werden. — Man sieht hieraus wieder einmal, was man von Kinderaussagen zu halten hat.

Erbauliches vom „öffentlichen" Militärgerichtsverfahren. Vor einiger Zeit wurde in der Dölauer Heide bei Halle a. S. der Leutnant Quiring von dem Infanterieregiment Nr. 160 in Bonn in einem Pistolenduell durch den Hallenser Polizeikommissar Dräger zu Boden gestreckt. Quiring hatte einen Schuß in die Brust erhalten, war schwer verwundet, aber bald wieder geheilt worden. Nach der Schießerei schrieb man, daß über die Ursache des Zweikampfes, der unter „erschwerten" Bedingungen ausgetragen wurde, strengstes Stillschweigen gewahrt werden müsse. Es schwirrten hier aber bald Gerüchte durch die Luft, daß die Ursache des Duells auf ein Techtelmechtel zurückzuführen sei, das auf dem Karneval in Köln a. Rh. mit einer „Eheirrung" begonnen habe. Vor einigen Tagen verhandelte man nun vor dem Kriegsgericht der 8. Division gegen die Duellanten. „Selbstverständlich" fand die Verhandlung hinter verschlossenen Türen statt, da die „militärdienstlichen Interessen" gefährdet sein sollten. Da die Pressevertreter wegen Erledigung anderer Arbeiten das allerdings öffentlich verkündete Urteil verpaßten, wandte man sich an drei Instanzen, um das Urteil zu erfahren und publizieren zu können; wozu besteht denn das „öffentliche" Verfahren! Aber überall wurde die Presse mit den Worten abgewiesen: „Wir können nicht und dürfen nicht, man hat uns untersagt, über das Urteil zu reden. Das Urteil sei ja doch öffentlich verkündet worden." Nun, außerhalb des Kriegsgerichts ist das Urteil doch bekannt geworden. Quiring wurde zu fünf und Dräger zu drei Monaten Festungshaft verurteilt. — Man sieht doch aber, wie die Kriegsgerichtsleute das öffentliche Verfahren handhaben.

Dann wurde verhandelt gegen den Unteroffizier Heinrich Kleve von dem Füsilierregiment Nr. 36 in Halle, der einen Untergebenen mißhandelt hatte. Auch in diesem Falle wurde schon vor der Bekanntgabe des Tatbestandes die Presse wegen Gefährdung militärdienstlicher Interessen zum Gerichtssaal hinauskomplimentiert. Der Unteroffizier wurde zu 14 Tagen Mittelarrest verurteilt. Auch diese Urteilsbegründung war geheim. Daß der Vorgesetzte dem „Untergebenen" nicht bloß die Wangen gestreichelt hat, ist wohl selbstverständlich.

Soll man bei dieser militärischen Geheimniskrämerei nicht auf den Gedanken kommen, daß neben den Ausschlußgründen, wie Gefährdung von Dienstinteressen, auch noch andere Gründe für den Ausschluß der Presse mitsprechen? Leben wir nicht in einer Zeit, in der man — „allerdings immer im Dienstinteresse" — die Blößen und Schwächen der Leute im Vorgesetztenrock zu verdecken sucht und eine Kritik an der Behandlung der Söhne des Volkes im bunten Rock als ein Verbrechen am geheiligten Militarismus empfindet? Wie wäre es mit einem Notgesetz zur wirklichen Herstellung des öffentlichen Militärgerichtsverfahrens?

Aus Nah und Fern.

Massenkundgebungen gegen das Waldenburger Zuchthausurteil. In zwei überaus stark besuchten Massenversammlungen demonstrierten Sonntag die Arbeiter des Waldenburger Industriereviers gegen das Zuchthausurteil. Die Ausführungen der Redner, unter denen sich der freigesprochene Arbeitersekretär Osterroth befand, wurden überall mit stürmischer Begeisterung aufgenommen. Auch das Bürgertum war in den Versammlungen stark vertreten. Die Entrüstung über den Denunziantenstreich des freikonservativen Chefredakteurs Lippold, der den Kronzeugen Köhler zur Denunziation anstiftete, war allgemein. Unter stürmischen Zustimmungskundgebungen wurden Resolutionen angenommen, die den Schuldspruch der Geschworenen für einen Fehlspruch und Rechtsirrtum erklären und dem Denunziantenspiel des Köhler und Lippold tiefste Verachtung aussprechen. In den Resolutionen werden den Verurteilten und ihren Angehörigen die wärmsten Sympathien ausgesprochen.

Unfälle in Berlin. Auf dem Berliner Untergrundbahnhof „Kaiserhof" wurde der erst seit einigen Tagen dort beschäftigte 27jährige Dienstanwärter Gustav Heilscher von einem Zuge überfahren und sofort getötet. Ein Radfahrer geriet an der Ecke der Prenzlauerstraße in Berlin mit seiner Maschine unter ein Hinterrad eines Kraftomnibusses und wurde so unglücklich überfahren, daß er sofort tot war.

Ein Streikbrechervermittler als Mörder. In der Nacht zum Sonntag erwürgte ein gewisser Artur Mann in einer Parkanlage zu Essen seine Braut. Mann ist ein gelernter Elektrotechniker, welchen Beruf er seit Jahren mit dem traurigen Gewerbe der Streikbrechervermittlung vertauscht hat; seitdem nennt er sich Kaufmann. Der Mörder wurde verhaftet. Er will die Tat aus Eifersucht verübt haben. Das Verhältnis mit seiner Braut bestand bereits 7 Jahre. Seit 2 Jahren war er mit dem Mädchen, einer Modistin, verlobt. Der Mörder scheint das Mädchen völlig in seiner Gewalt gehabt zu haben. Zwischen beiden soll bereits seit anderthalb Jahren ein gespanntes Verhältnis bestanden haben, weil das Mädchen in einer Untersuchungssache gegen ihren Bräutigam eine Aussage gemacht, die eine mehrmonatige Untersuchung gegen Mann zur Folge gehabt hat. Als das Mädchen sich deshalb auf Veranlassung ihrer Eltern von ihrem Bräutigam lossagte, wurde sie von diesem auf Schritt und Tritt verfolgt. In einem Hotel, wo der Mörder am Mordtage ein Zimmer für sich und seine Braut bestellt hatte, zu dessen Benutzung es aber nicht mehr kam, wurden unter dem Bett zwei Gläser mit Gift und auf dem Nachttisch ein geladener Revolver gefunden.

Autounfall. Sonntag verunglückte in Weilburg (Taunus) ein Automobil. Frau Heide aus Baden-Baden, die den Kraftwagen lenkte, kam ums Leben, ihr Begleiter blieb unverletzt.

Familiendrama. Gestern morgen hat der Ladenbesitzer Friedle in Mannheim seine Frau durch einen Revolverschuß getötet und darauf sich selbst erschossen.

Liebesdrama. Am Sonntag vormittag 11 Uhr schoß am Isartorplatz in München eine dreißigjährige Aufwaschfrau ihrem Geliebten, dem Schneider Josef Mosna aus Posen, meuchlings zwei Revolverschüsse in den Kopf, die sofort tödlich wirkten. Die Täterin wurde verhaftet.

Schweres Brandunglück. Bei einem auf dem Anwesen des Ökonomen Rieder-Lannenberg bei Mindelheim (Schwaben) ausgebrochenen Großfeuer, das alle Gebäude einäscherte, sind der fünfjährige Sohn des Besitzers, der Knecht Lochner und der Tagelöhner Schweigert verbrannt. Die übrigen Bewohner konnten nur mit Mühe das Leben retten.

Der Abgeordnete als Vermittler. Von dem römischen Kassationshof ist soeben ein Urteil gefällt worden, dessen Begründung sich gewisse Abgeordnete hinter die Ohren schreiben sollten. Der Abgeordnete Brunicardi hat eine Firma Parisi auf Vermittlergebühr in der Höhe von 364 000 Lire verklagt, weil er ihr den Bau und den Betrieb mehrerer Eisenbahnstrecken verschafft hat. Das Gericht erkannte die Forderung des Abgeordneten für rechtmäßig an, fügte aber in die Motivierung den folgenden Satz ein: „Man wird das Vorgehen Brunicardis wenig korrekt nennen können, da seine Vermittelung gegen Vergütung den Charakter einer Spekulation annimmt, die dem Wesen und dem Amt des Trägers eines parlamentarischen Mandats durchaus widerstrebt und von dem öffentlichen Gewissen getadelt wird, weil dadurch der Abgeordnete zum Affaristen wird, aber dies tut der Rechtmäßigkeit der Forderung einer Vermittlergebühr keinen Abbruch." Das bedeutet aus der fürchterlichen Juristensprache in verständliche Ausdrucksweise übersetzt, daß der Abgeordnete sich einen unanständigen Verdienst verschafft hat, von dessen Geltendmachung ihn aber das Gesetz und die Gerichte nicht abhalten können!

Konflikte mit der Polizei in Mülhausen im Elsaß. Am Neubau des Nordbahnhofs in Mühlhausen i. Els. ist ein Streik ausgebrochen; Lohndifferenzen sind die Ursache. Die Bauleitung hat ausländische Arbeiter herangezogen, was selbstverständlich bei den Arbeitern große Empörung hervorgerufen hat. Die Behörden haben sich ebenso selbstverständlich auf die Seite der Unternehmer gestellt und gehen außerordentlich rigoros gegen die Streikenden vor. Am letzten Donnerstag ist sogar Reichstagsabgeordneter Emmel vom städtischen Grund und Boden verwiesen und mit Polizeigewalt entfernt worden. Freitag abend kam es zu einem ernsten Zusammenstoß zwischen den Polizisten und dem Publikum. Die Polizisten schlugen mit Säbeln drein und schonten weder Frauen noch Kinder. Mehrere Frauen wurden schwer verletzt. Sonnabend abend haben sich die Vorgänge in ähnlicher Weise wiederholt. — In einer Bekanntmachung des Polizeipräsidenten von Mülhausen heißt es: „Vier Beamte sind durch Schrotschüsse, Messerstiche und Steinwürfe verletzt worden. Die Zahl der verletzten Exzedenten steht noch nicht fest. Ein Arbeiter ist durch einen gegen die Polizeibeamten abgegebenen Schuß von hinten verwundet worden." Weiter wird in der Bekanntmachung darauf hingewiesen, daß die Sicherheitsmannschaften erheblich verstärkt wurden und daß von Sonntag ab die Truppen in Bereitschaft gehalten sind.

Standesamtliche Nachrichten

vom 29. Juni bis 5. Juli 1913.

Eheliche Geburten.

a) Knaben: (Name und Beruf des Vaters).

24. Juni. Arbeiter J. H. H. Suesse. 25. Kaufmann R. H. F. Plosetz. Former K. A. W. Börck. Maschinenfabrikant C. F. F. Schärffe. 26. Arbeiter H. F. W. Dücker. 27. Milchverkäufer A. E. Winkelmann. Arbeiter H. W. L. Schwarz. 28. Tischler O. H. T. Flint. Rechtsanwalt und Notar Dr. jur. C. C. W. Kähler. Schiffseigner O. O. Meyer (Berlin). Eisenbahn-Wagenschieber W. J. H. Schlichting. 29. Arbeiter K. W. Schuldt. Eisendreher A. J. F. Bernhard. Nieter A. E. E. H. J. Nordström. 30. Schlossergeselle K. J. A. Helms. Arbeiter Ch. H. C. Löding. Eisendreher E. M. F. W. Friedrichs. Arbeiter M. T. F. Bargstädt. Maurer W. J. J. Starck.

1. Juli. Arbeiter E. A. W. Kallies. Steindrucker L. H. F. Draguhn. 2. Mechaniker J. F. W. Faust. 4. Kontorist K. F. J. Erdmann (Altona-Ottensen). 5. Arbeiter E. J. H. Grimm.

b) Mädchen: (Name und Beruf des Vaters).

19. Juni. Gärtner A. C. L. Hellmann. 22. Kranführer F. K. Haase. 24. Arbeiter J. K. W. Meyer. 25. W. L. H. Thon. 26. Lehrer H. C. Jäger. Photograph C. O. Brandt. Ingenieur E. Obermann. Privatmann H. K. W. Schultz. 28. Schlosser B. G. O. Brüggemann. Arbeiter H. F. C. Fent. Privatmann F. Grabe. 30. Privatmann H. G. Frerichs.

1. Juli. Kaufmann K. H. T. Suckau. 3. Arbeiter H. K. J. Kemp. 4. Versicherungsbeamter A. J. M. Bethge. Arbeiter J. Ramezyk. Erbpächter H. J. C. Hacker (Elmenhorst). 5. Arbeiter H. J. E. Rönpage.

Angeordnete Aufgebote.

30. Juni. Prakt. Arzt Dr. med. F. Weil in Beuthen O./S. und E. D. M. L. A. Meyer. Kutscher H. J. H. Iden gen. Ahrens und E. K. E. Freitag. Geschäftsreisender A. Jansson und E. Chr. W. Nilsson. Fuhrwerksbesitzer J. H. Drews und M. D. K. genannt E. Gipp. Tischlergeselle A. A. Baumhöfener und F. M. L. Benne in Everloh. Zimmergeselle H. K. L. Andersen und M. Chr. Willert in Haffkrug.

1. Juli. Arbeiter H. Brigge und H. Schanko. Tischlergeselle P. W. F. F. Schäfer und H. M. Richert. Seemaschinist W. K. H. Eismann und M. L. F. Szperalski. Versicherungsinspektor R. J. H. Volckmann und A. H. K. L. Richert. 2. Friseur F. O. E. Bark in Neustadt i. H. und M. M. A. Weber. Tischlergeselle L. J. J. Butenschön und E. A. K. D. Voß. Sekretär bei der Baudeputation W. L. J. Bauer und O. K. M. Thorn. Schlachtermeister H. K. F. Hellmann und A. L. F. Utermark. Kaufmann A. Chr. Hinrichsen und A. E. Behrens. Maschinenbauer F. H. W. L. M. Horstmann und E. A. J. Bentin. Matrose J. Punis an Bord des Lübecker Dampfers „Zar" und M. W. Th. J. Schröder. Schneider J. P. F. Witt und K. A. Pahl in Jahrsdorf. 3. Hausdiener A. H. Stau und L. E. J. Bleuß in Hamburg. 4. Handlungsgehilfe Th. P. H. Melchert und H. E. R. Timper. Ingenieur E. E. W. G. Fischer in Harburg und M. H. F. E. Ohmann. Handlungsgehilfe H. G. F. von der Lippe und O. E. M. Fleischmann in Bielefeld. Postbote H. J. R. H. Soltmann und J. Chr. M. Weidemann in Neubukow. 5. Bäckergeselle H. Petersen und A. M. M. Vogt in Wahlstedt. Arbeiter A. Chr. F. Martens und J. M. W. Vierig geb. Hering. Eisenbahnarbeiter E. W. K. Wulf und W. S. K. Krüger. Arbeiter R. Sprenger und K. S. genannt A. Meyer.

Eheschließungen.

30. Juni. Bureaugehilfe E. E. L. Janson und E. L. M. Lampe. Arbeiter J. H. F. Dahmke und E. L. J. Stahl geb. Ballerstaedt.

1. Juli. Bäckergeselle M. H. F. Niemann und M. A. R. Niedermeier. 3. Innenarchitekt F. H. Pfirschke in Köln und E. D. Chr. Algermissen. Hilfshoboist, Sergeant G. E. A. Grund in Arolsen und M. A. E. Bannow. 4. Straßenbahnschaffner E. F. Buck und A. F. J. Schrader in St. Georgsberg. Telegraphenarbeiter A. Th. Burmester und E. M. A. School. Hofbesitzer W. K. J. Scharbau in Groß-Rünz und A. L. Chr. Scharbau. 5. Handlungsgehilfe A. S. Busk in Celle und M. S. D. Schwien. Kaufmann M. Wallinschus in Hamburg und A. K. A. L. Goldbaum. Arbeiter F. J. O. Kuhrau und M. M. L. Hinz. Maurergeselle J. Chr. B. Bartsch und E. M. M. E. Nielson. Geschäftsreisender R. A. H. Neumann in Hamburg und K. A. J. Brüssmann. Bierfahrer H. J. F. A. Peper und E. A. W. Haase. Eisenbahnarbeiter K. F. W. Pahmeier und K. M. D. Feddern. Maschinenschlosser W. A. K. Schwede und W. A. K. Riebold. Arbeiter H. W. H. Burmeister und M. S. K. Fey. Schiffsoffizier H. F. K. A. Bahl in Hamburg und L. L. J. K. Schnapauff.

Sterbefälle.

28. Juni. Arbeiter H. H. Woisin, 83 J. 29. Ein totgeborener Knabe, V.: Tischler H. C. A. Thießen. Buchhalter J. C. A. Ambach, 69 J. A. E. S. geb. Hennings, Ehefrau des Arbeiters H. C. M. Dahncke, 34 J. 30. M. Chr. W. geb. Klein, Witwe des Färbereiarbeiters J. H. W. Meyer, 71 J. W. M. geb. Schnepel, geschiedene Meyer, Ehefrau des Hauszimmermanns F. W. B. Chr. Kempcke, 61 J. A. E. E. Schoof, 16 J. Tapezier K. W. Pannier, 56 J.

1. Juli: Kommerzienrat G. Sievers, 76 J. E. W. A. geb. Oehmke, Witwe des früheren Schlossers E. H. R. Richter, 63 J. J. Ch. Behrens, 2 J. 2. Schlossermeister W. C. L. Mirow, 57 J. 3. Arbeiter J. H. Gieseler, 68 J. (Schlutup). Flußschiffer L. G. Th. Stallbaum, 79 J. Dachdecker J. Chr. F. Stoffers, 61 J. 4. J. L. S. M. geb. Bick, Ehefrau des Arbeiters W. L. H. Groth, 33 J. Arbeiter J. F. Chr. Möller, 76 J. D. J. Ch. geb. Lüthe, Witwe des früheren Garbereiters J. M. Chr. Schröder, 80 J. Früherer Bäckermeister J. F. K. Kagel, 67 J. H. P. H. Huber, 2 M. 5. Beeidigter Trichinenschauer H. F. Nau, 51 J.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Unterricht im Schnittzeichnen und Zuschneiden.
Kursus 15 Mk. (5261
Frau **Groth**, Westhoffstr. 38 I.
Daselbst 2 Radfahrerhosen billig zu verkaufen.

Neuer Neutraler Guttempler-Orden.
N. N. G. O.

Bei der Ziehung der Tombola sind folgende Nummern mit Gewinnen gezogen:

3	10	19	24	39	91
103	131	154	209	223	243
258	259	306	346	392	421
424	435	504	505	523	539
540	554	556	611	617	624
686	723	734	772	793	828
881	942	976	980	1013	1096
1112	1127	1158	1165	1170	1197
1205	1270	1273	1294	1325	1339
1349	1390	1401	1495	1510	1511
1518	1541	1552	1567	1616	1635
1642	1751	1797	1798	1803	1812
1819	1853	1860	1882	1908	1913
1921	1948	1961	1975	2051	2065
2073	2092	2098	2115	2121	2129
2132	2134	2151	2168	2170	2247
2261	2294	2298	2299	2342	2386
2408	2427	2429	2540	2548	2561
2627	2638	2644	2645	2659	2668
2690	2712	2729	2738	2747	2761
2768	2788	2806	2817	2821	2831
2849	2927	2929	2979	2991	2996
3025	3036	3058	3072	3092	3384
3388	3391	3428	3456	3476	3490
3494	3512	3532	3542	3556	3594
3607	3669	3692	3694	3695	3713
3721	3724	3756	3758	3824	3842
3843	3897	3906	3930	3942	3948
3961	3973				

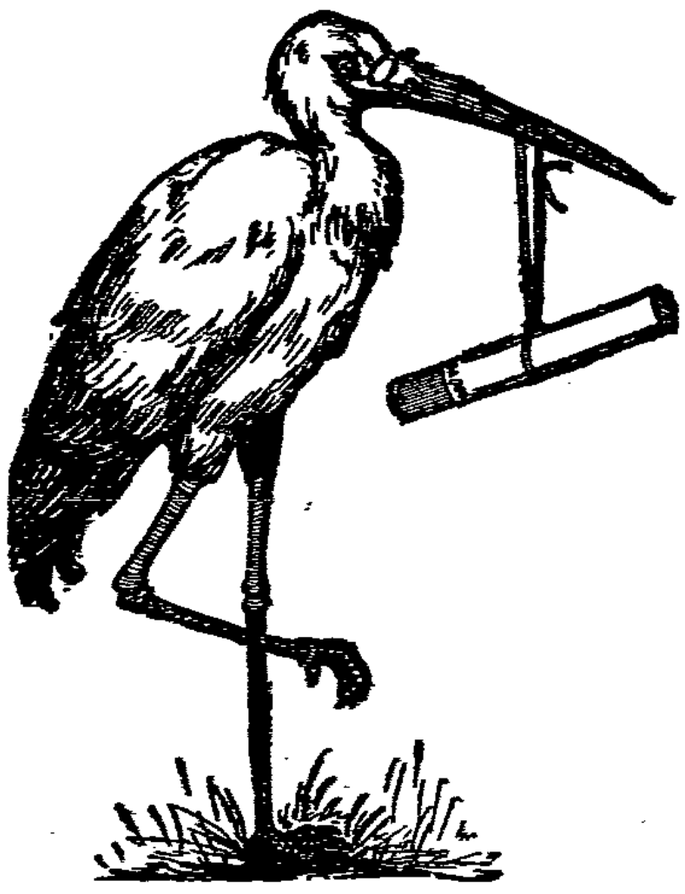
Die Gewinne sind abzuholen am Mittwoch, dem 9. Juli 1913, von 4—9 Uhr nachmittags im Logenheim, Hansastraße 3.

Später bei **W. Stümer**, Fünfhausen 16. (5331

Gewinne, welche bis 1. August 1913 nicht abgeholt sind, verfallen der Ordenskasse.

Der Ausschuss.

Ein frohes Ereignis!



für jeden Raucher ist die Entdeckung von:

Eckstein's DA CAPO-Cigaretten
von A. M. Eckstein & Söhne, Dresden. (Trustfrei!)
Stück 3 bis 10 Pfg. 2200 Arbeiter

5314

Holsten-Meierei
Fernruf 2336 Wickedestr. 44
empfiehlt alle Meiereiprodukte in bekannter Güte.
Geschäfte, welche Niederlagen übernehmen wollen, werden gebeten, sich zu melden. (185

Schwartau.
5328
Achtung!
Gastwirtsgehilfen
Mittwoch, den 9. Juli 1913
abends 8½ Uhr
Versammlung
bei Pinkert (Gasthof Transvaal)
Tages-Ordnung:
Gründung einer Sektion des Verbandes der Gastwirtsgehilfen.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.
Zahlstelle Lübeck.
Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, dem 9. Juli
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Bericht vom Gewerkschaftshaus.
3. Komiteewahl zum Sommervergnügen.
4. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
5324) **Die Ortsverwaltung.**

Lübecker Sommer-Theater
i. d. Stadthallen. Dir. Ernst Albert.
Mittwoch, den 9. Juli 1913:
Novität!
Das Heckenröschen.
Lustspiel in 3 Akten von Ernst Albert.
Donnerstag, den 10. Juli 1913:
Der Operettenschlager
FILMZAUBER.
Erlebte kürzlich in Berlin das Jubiläum der 250. Aufführung.
Das Benefiz für Frl. Selma Wuttke findet am Dienstag, 15. Juli, statt.
5319) Anfang stets 8¼ Uhr.

Schulschreibhefte
mit den neuen Linaturen sind zu beziehen durch die
Buch- und Papierhandlung Friedr. Meyer & Co.
Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.

3112)
Das St.-Lorenz-Beerdigungs-Institut
Telephon 2186 **Georg Behnck,** Wakenitzstr. 4
übernimmt Erd- und Feuer-Bestattungen, sowie Ueberführungen. Großes Lager von Särgen, Wäsche usw. usw.
Billigste Preise.